

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die USA nach der Abwahl Trumps



Gut einen Monat nach dem Wahltag in den USA sind die Ergebnisse der Wahlen jetzt weitgehend klar und zum großen Teil auch schon zertifiziert. Joe Biden wird Präsident, die Demokraten behalten ihre (wenn auch um sieben Sitze kleinere) Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat bringen erst die Stichwahlen in Georgia die definitive Entscheidung. Die von vielen erhoffte „Blaue Welle“ blieb aus. Trump konnte nochmals viele Wähler_innen für sich und die Republikaner gewinnen.

Trump und viele Vertreter_innen der Republikanischen Partei haben das Ergebnis noch nicht unmissverständlich anerkannt. Trump bleibt dabei, er hätte die Wahl gewonnen und nur durch massiven Betrug sei die Mehrheit für Biden zu erklären. Alle Versuche mit mehr als 30 Klagen vor Gericht noch etwas am Wahlergebnis zu ändern, sind bisher klar gescheitert. Es konnten keinerlei ernstzunehmende Belege für grobe Fehler oder

gar systematischen Betrug vorgelegt werden. Daran wird sich vermutlich auch nichts mehr ändern und Biden wird das Amt des Präsidenten, wie in der Verfassung vorgesehen, am 20. Januar 2021 antreten.

Sollten die Demokraten beide Stichwahlen um die zwei Senatssitze von Georgia am 5. Januar gewinnen,

würde es im Senat 50 zu 50 stehen. Bei Stimmengleichheit steht aber der Vizepräsidentin die entscheidende Stimme zu. Damit hätten die Demokraten (und die mit ihnen verbündeten Unabhängigen) eine Mehrheit, wenn auch eine denkbar knappe. Können dagegen

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Die USA nach der Abwahl Trumps	1
Tarifrunde IG Metall	11
Home-Office: Was tun?	13
Tarifrunde IG Metall ...und noch eine Baustelle...	14
Tarifrunde 2020 im Öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen	15
Unsere Jahreskonferenz 2020	19
Zur Lage der Gruppe	20
Tarifabschluss bei der Post	22
„Der Westen“ und China: Der nächste Weltkonflikt?	25
Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?	29
Chile nach dem Referendum	31

In eigener Sache

Die anhaltende Corona-Pandemie, die sich über uns ergießende breite Berichterstattung unterschiedlicher Qualität, die hitziger werdenden Diskussionen darüber und die immer stärker belastenden Lebensumstände der Menschen drängen die anderen politischen Probleme in den Hintergrund. Wer spricht noch viel von Brexit und Europäischer Union? Da wird es auch für linke Gruppen oder gewerkschaftliche Anliegen schwieriger, Gehör und Unterstützung zu finden. Die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen erschweren die politische Arbeit, auch in praktischer Hinsicht: in den Kontaktaufnahmen,

bei den notwendigen Diskussionen, bei der organisatorischen Arbeit und bei der Verbreitung propagandistischer Literatur. So konnte z.B. die Linke Literaturmesse in Nürnberg wegen der vorgeschriebenen Auflagen dieses Jahr nicht in der üblichen Weise stattfinden.

Auch unsere Gruppe musste die Jahreskonferenz im Oktober unter erschwerten Bedingungen durchführen. Wir berichten in der vorliegenden Nummer der Arbeiterstimme darüber und über die Einschätzung der Lage der Gruppe. Ansonsten ist in diesem Heft eine breite Palette von Themen zu finden. Das wichtigste Ereignis war die Abwahl Trumps in den

USA und deren politische Bedeutung. In vielen Teilen der Welt halten Bewegungen und Rebellionen an. Wir schreiben diesmal zu zwei Lichtpunkten, ohne die noch nicht abgeschlossenen Bewegungen überbewerten zu wollen: zum Wahlausgang in Bolivien und zur Volksabstimmung in Chile. Der schwierige Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst unter Corona-Bedingungen und die IG Metall-Konferenz sind weitere Themen, wie auch die Auseinandersetzung um die 38-Stunden-Woche in den Anschlussgebieten Ost.

Auf der September-Nummer haben wir aus Versehen nochmal die Nummer 208 aufgedruckt. Es ist die 209.

Wir danken für die Spenden und Abozahlungen und hoffen auf weitere Unterstützung!

Post-Boykott gegen Kuba

Wie wir vor kurzem feststellen mussten, betrifft der Boykott gegen Kuba auch unsere Gruppe: Als im Frühjahr unsere Zeitungen nicht nach Kuba gelangten, sondern an uns zurückgeschickt wurden, dachten wir zunächst, dies liege an den Corona-Vorschriften. (Zu der Zeit durfte Post ja z.T. auch innerhalb Europas nicht befördert werden.)

Unsere Sommer- und Herbstausgabe, die für Kuba bestimmt war, wurde uns dann aber auch zurückgeschickt mit der Bemerkung, Post nach Kuba dürfe nicht mehr versendet werden!

Das vor fast 60 Jahren von den USA gegen Kuba verhängte Embargo hat mittlerweile (wieder) ein unvorstellbares Ausmaß angenommen: Es unterliegen ihm nicht nur Medikamente, auch Materialien, die für Schutzausrüstung gegen Corona notwendig sind, dürfen nicht ins Land transportiert werden.

Einige weitere Beispiele: „Durch die Aktivierung des sog. Abschnitt III des

Helms-Burton-Gesetzes können US-Bürger vor US-Gerichten auch gegen Unternehmen und Institutionen aus Drittländern klagen, wenn diese kubanisches Eigentum nutzen, das nach der Revolution 1959 enteignet wurde. Das richtet sich de facto gegen alle Kubaner und alle Einrichtungen der Insel. Betroffen sein können Dorfschulen, die auf Flächen errichtet wurden, die einst Großgrundbesitzern gehörten. Oder Hotels, die einst Teil des Imperiums der US-Mafia waren.

Der Onlinehändler Amazon wurde verklagt, weil er kubanische Holzkohle verkaufte. Das US-Tourismusunternehmen Marriot International muss Kuba verlassen.

Es werden Strafen für Reedereien verhängt, die Erdöl aus Venezuela nach Kuba transportieren; hinzu kommen weitere Maßnahmen, die den Handel zwischen Kuba und Venezuela unterbinden sollen. (...) Geldsendungen nach Kuba sind mit Western Union nicht mehr möglich. ...“

(aus unblock-cuba.org)

Und jetzt also auch ein Embargo für die Post.

Wir hatten uns daraufhin an die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba mit der Frage gewandt, ob sie einen Weg wüssten, wie man Kuba postalisch erreichen könne. Auszug aus dem Antwortschreiben: „Die Blockadeverschärfungen sind auf allen Ebenen zu spüren. Unsere Abonnenten aus Kuba erhalten seit Monaten die Cuba Libre nicht mehr. Auch von Deutschland aus ist es nicht mehr möglich, Briefe und Pakete nach Kuba zu versenden. Einem Genossen aus Holland. Der bei uns ein Buch bestellen wollte, wurde die Überweisung mit der ING DIBA Bank verwehrt, weil im Empfänger das Wort „Kuba“ enthalten war.“

Wer weiß über dieses Thema näher Bescheid? Wir würden es gerne in der nächsten Nummer ausführlicher behandeln und rufen unsere Leser deshalb auf, uns sachkundige Informationen oder einen Betrag zukommen zu lassen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme, Postfach
910307 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

die Republikaner wieder 51 oder 52 Sitzen erringen, hätten sie dadurch einen wichtigen Hebel in der Hand, um Gesetze und sonstige Vorhaben auszubremsen (falls sie geschlossen abstimmen). Das betraf auch die anstehenden Neubesetzungen von wichtigen Positionen (Minister_innen, Richter_innen). Die Ausgangslage in Georgia deutet eher auf einen Vorteil für die Republikaner hin, aber entscheidend wird sein, wie gut beide Lager ihre Anhänger_innen am 5. Januar nochmals mobilisieren können.

Trump und die Republikaner

Donald Trump war ein spezieller Präsident. Insbesondere sein Stil das Amt auszuüben war ungewöhnlich. Seine ständigen Twitter Botschaften, seine oft rüde Rhetorik, seine unzähligen Lügen und falschen Behauptungen, seine Selbstheroisierung als besonders erfolgreicher Präsident, seine Sprunghaftigkeit usw., er setzte sich in Vielem von den Gepflogenheiten eines US-Präsidenten ab. Über all das ist in den Medien ausführlich berichtet worden und soll hier nicht weiter untersucht werden.

Die beiden großen Parteien in den USA waren und sind jeweils relativ breit aufgestellt. Sie sind in sich Koalitionen, die unterschiedliche, auch deutlich unterschiedliche, Interessen und gesellschaftliche Strömungen vertreten. Im Lauf der Geschichte gab es bei beiden Parteien schon mehrmals erhebliche Verschiebungen in Bezug auf Programmatik und Anhänger_innenschaft.

In der jüngeren Vergangenheit haben die Republikaner das Mitte-Rechts Spektrum repräsentiert. Das reichte von vergleichsweise liberalen Vertreter_innen des sogenannten „Ostküstenestablishment“, über Konservative aller Schattierungen, betont Religiösen, Libertären bis hin zu ausgesprochenen Rechten. Schon seit längerer Zeit verschiebt sich dieses Spektrum immer weiter nach rechts. Früher gab es z.B. zwischen Republikanern und Demokraten eine breite Überlappung in der politischen Mitte. Es war nicht ungewöhnlich, dass die konservativsten Demokraten rechts von liberalen Republikanern

eingestuft werden mussten. Das ist inzwischen praktisch verschwunden. Beide Parteien nehmen immer mehr sich gegenseitig ausschließende Positionen ein.

Der Trend weg von der Mitte und immer weiter nach rechts hat bei den Republikanern schon lange vor Trump eingesetzt, etwa seit der Zeit von Ronald Reagan (Präsident von 1981 bis 1989). Er ist außerdem mit dem Namen Newt Gingrich (Sprecher des Repräsentantenhauses von 1995 bis 1999) verbunden. Erinnert sei auch an das Aufkommen der Tea Party Bewegung. In den letzten Jahren sorgten bei parteiinternen Vorwahlen Aktivisten_innen immer erfolgrei-



cher dafür, nur noch Kandidat_innen mit klar konservativen Positionen zum Zuge kommen zu lassen.

Aber vor Trump konnte man die Republikaner nicht als eine Partei ansehen, die gegen Eliten und das Establishment gewesen wäre (nur die Tea Party Bewegung zeigte schon Anzeichen einer solchen Haltung). Ganz im Gegenteil, sie vertrat traditionell die Etablierten, die Besserverdiener_innen, die Besitzenden und Big Business, eben das Establishment. Die Republikaner sahen sich als konsequente Verfechter_innen der freien Märkte, des Freihandels und eines ausgeglichenen Staatshaushaltes. Sie waren typische Vertreter_innen des Neoliberalismus. Man kann zu George W. Bush, dem letzten Präsidenten der Republikaner vor Trump, vieles sagen, aber gewiss nicht, dass er – mit einem Präsidenten als Vater und einem Gouverneur als Bruder – kein Teil des Establishments gewesen wäre.

Mit Trump ist da einiges ins Rutschen gekommen. Trump hat sich an einige dieser traditionellen Positionen (etwa Freihandel) nicht mehr gehalten, faktisch und insbesondere rhetorisch-propagandistisch. Und er hatte damit bei den Wähler_innen Erfolg, erst innerparteilich bei der Auseinandersetzung um die Kandidatur, dann bei den Präsidentschaftswahlen 2016. Auch bei den jüngsten Wahlen konnte er viele neue Wähler_innen mobilisieren, was zu einer der höchsten Wahlbeteiligungen seit langem beigetragen hat. Trump konnte neue, für die Republikaner vorher nicht erreichbare, Wähler_innenschichten ansprechen. Das hat seinen Erfolg begründet. Das ist seine Leistung und seine Bedeutung für die Republikaner, die ohne diese neuen Wähler_innen vermutlich bei allen Wahlen ab 2016 deutlich weniger erfolgreich gewesen wären. Dabei hat Trump immer darauf geachtet, die traditionellen republikanischen Wähler_innen nicht zu verlieren, indem er Vertreter_innen dieser Strömungen in seine Administration aufgenommen hat (z.B. Pence für die evangelikalen Christ_innen) und indem er etliche ihrer Kernforderungen in sein Programm übernommen hat und deren Umsetzung dann als das große Einhalten von Wahlversprechen inszeniert hat.

Man kann feststellen, dass ihm das ziemlich gut gelungen ist, trotz seines Stils und seines sonst ungewöhnlichen Verhaltens. Die allermeisten republikanischen Wähler_innen sind ihm offensichtlich auch 2020 treu geblieben.

Die neuen Wähler_innenschichten, ein Blick auf die Gesellschafts- und Klassenverhältnisse

Trump und/oder seiner Berater_innen haben erkannt, dass in der amerikanischen Gesellschaft große Gruppen existieren, die sich durch die Politik vernachlässigt fühlen, und sie haben erkannt welches Potential für Wahlkämpfe diese Gruppen bieten. Ein Charakteristikum dieser Gruppen ist ihre (bisherige) Politikferne. Sie fühlten sich weder durch die Parteien noch durch eine der einflussreichen Lobby-Organisationen vertreten. Politiker_innen

erscheinen diesen Gruppen als abgehoben, egoistisch, arrogant, korrupt etc.. Konsequenterweise war ihre Beteiligung bei Wahlen gering. Schwerpunktmäßig gehören diese Gruppen zu den Schichten mit eher geringeren Einkommen und Besitz. Sie sehen sich wirtschaftlichem Druck ausgesetzt und viele mussten in den letzten Jahren eine mehr oder weniger gravierende Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen. Dadurch entsteht ein Gefühl des Ausgeschlossenseins und der Zurücksetzung im Vergleich zu den wohlhabenderen und eher aufsteigenden Schichten.

Aber es geht nicht nur um ökonomische Lebensumstände, sondern auch um kulturelle. Es geht auch um die, wie auch immer medial vermittelte, Wahrnehmung der Realität und der Gesellschaft. Dabei scheint die formale Bildung (ohne Abschluss, Highschool, College, Universität) immer wichtiger bei der Herausbildung von sozialen Gruppen und Milieus zu werden. Die sogenannten Bildungsfernen entfremden sich immer mehr von den Gebildeten. Sie grenzen sich ab von „den da oben“, von den „Eliten“, finden oft keinen Zugang mehr zu den dort diskutierten politischen Themen (Feminismus, Umwelt, LG-BQT) und sie haben das Gefühl, dass die eigenen Themen „dort oben“ ignoriert werden.

Trump ist es gelungen sich selbst als einen Außenseiter und Anti-Eliten Politiker zu inszenieren, der die wahren Interessen des Volkes gegen (nie genauer definierte) „Eliten“, gegen Feinde aller Art, gegen fremde Mächte, gegen den tiefen Staat usw. vertritt. Und genau bei dieser Inszenierung nützt ihm sein Stil, sein rüdes Auftreten, seine sexistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Sprüche. Auch die Empörung, die er dadurch in manchen Medien und bei den „Eliten“ auslösen kann, nützt ihm in diesem Zusammenhang. Das ist seine Abgrenzung gegen die „Eliten“ und seine Anbiederung an die raue Sprache der Adressat_innen. Deshalb wird er von vielen wahrgenommen als jemand, eventuell als der einzige wichtige Politiker, der ihre Probleme offen ausspricht und sich für ihre Interessen einsetzt.

Zu den oben kurz skizzierten Gruppen können auch Arbeiter_innen (blue collar worker) gehören.

Auch solche, die früher gewerkschaftlich organisiert waren und in der Vergangenheit meistens demokratisch gewählt haben. Eventuell haben frustrierte Angehörige der Arbeiterklasse 2016 Trump durch ihr Umschwenken zu den Republikanern sogar zum Sieg verholfen. Das könnte in einigen Swing-States (Pennsylvania, Michigan und Minnesota) geschehen sein, wo Trump 2016 sehr knapp gewonnen hat. Die Leute waren frustriert, weil sie den massiven Verlust von Arbeitsplätzen in traditionellen Industrien (Kohle, Stahl, Metallverarbeitung, zum Teil auch Textil) erleben mussten. Die verlorenen Jobs waren meistens einigermaßen gut bezahlt, Alternativen gab und gibt es dagegen, wenn überhaupt, nur bei wesentlich schlechter bezahlten Tätigkeiten in der Dienstleistungsbranche. Als

terstützung der Menschen oder zur Entwicklung der betroffenen Regionen gab es nicht. Und die Demokraten ließen auch kein Engagement in diese Richtung erkennen, auch nicht im Wahlkampf 2016. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass etliche für die Propaganda Trumps ansprechbar waren. Trump, der sich als Vertreter der kleinen Leute gerierte, der die „Eliten“ in Washington angriff, der versprach amerikanische Arbeiter_innen zu schützen und die Kohle wieder stark zu machen. Eines darf aber nicht vergessen werden, auch 2016 hat die Mehrheit der Arbeiter_innen nicht für Trump gestimmt. Trump und den Republikanern ist nur ein Einbruch in Teilbereiche gelungen. Allerdings zeigt dieser Einbruch, wie schnell die Unterstützung für die Demokraten wegbrechen kann, wenn sie



Stahlwerk-Ruine in Pennsylvania

Bild: www.piqs.de / Fotograf: Bob Jagendorf / (CC BY 2.0 DE)

Grund für die Jobverluste wird allgemein die billige Konkurrenz aus dem Ausland angesehen, vor allem aus China. Die Frustration war auch deshalb groß, weil sich niemand um ihr Schicksal und ihre Probleme gekümmert hat. Der Sozialstaat ist in den USA bekanntlich nur schwach entwickelt und die neoliberale Politik, auch die der Demokraten, behandelte die Jobverluste als zwar bedauerlich aber unvermeidlich, da durch Konkurrenz und Strukturwandel bedingt. Nennenswerte Programme zur Un-

die Interessen der Arbeiter_innen aus den Augen verlieren.

Die Basis für die Bildung unzufriedener Gruppen und Schichten wird offensichtlich, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in den USA analysiert. Thomas Picketty und andere Autoren haben den empirischen Befund sehr genau herausgearbeitet¹. Danach ist bei der Hälfte der Bevölkerung, bei den, gerechnet nach Einkommen, unteren 50% seit 1980 wirtschaftliche Stagnation festzustellen. Das Pro-Kopf-Einkommen dieser

1– Thomas Picketty, „Kapital und Ideologie“, München 2020, Seite 660 ff

50% ist, gerechnet in stabilen Dollar, seit 1980 praktisch gleich geblieben. Da es sich dabei um Durchschnittswerte handelt, gibt es innerhalb dieser 50% neben Gruppen mit leichten Zuwächsen auch welche mit realen Verlusten. Das in dieser Zeit stattfindende Wirtschaftswachstum ist nur den oberen 50% und ganz besonders den Reichen zugutegekommen. Dies wird deutlich wenn man die Anteile am Nationaleinkommen und deren Veränderung anschaut. Bei den unteren 50% ist der Anteil am Nationaleinkommen von 20% (1980) auf ca. 12% gefallen. Dagegen ist der Anteil am Nationaleinkommen des obersten 1% in der gleichen Zeit stark gestiegen, von 11% auf 20%. Das Verhältnis der unteren Einkommen zu den Spitzeneinkommen lag 1980 bei 1:26 und ist auf 1:81 gestiegen. Mit anderen Worten die untere Hälfte (eben die 50%) der Einkommenspyramide

genauer gesagt durch die Tatsache, dass materieller Zuwachs sich immer mehr auf die bereits wohlhabenden und insbesondere reichen und sehr reichen Schichten begrenzt, während für den großen Teil der Bevölkerung Stagnation oder gar materielle Verluste bleiben. Für letztere geht die Entwicklung sehr deutlich in Richtung Prekarisierung. In der US-Gesellschaft folgen einer schwereren Erkrankung oft Arzt- und Krankenhausrechnungen, die die Betroffenen zwingen, das Haus zu verkaufen oder privaten Konkurs anzumelden. Jede weiterführende Ausbildung (besonders in renommierten Einrichtungen) ist mit hohen Kosten verbunden und führt meistens zu einer starken Verschuldung der Ausgebildeten, außer man hat eine reiche Familie im Hintergrund. Viele kommen überhaupt nur mit zwei Jobs über die Runden und in teuren Gegenden, wie um

den Lebensstandard für die gesamte Bevölkerung zu sichern oder gar Verbesserungen zu ermöglichen. In Zeiten des Neoliberalismus trennen die Verhältnisse immer deutlicher in (wenige) Gewinner_innen und (viele) Verlierer_innen. Die neuen Technologien und die damit in Zusammenhang entstehenden neuen Branchen lösen das Problem nicht, sie tragen vielmehr zur Polarisierung bei. Sie tragen bei zum Gegensatz zwischen reichen Regionen und Krisenregionen, die unter der Deindustrialisierung leiden, zwischen hochbezahlten Spezialist_innen und Menschen mit miesen Jobs, wie sie bei Firmen wie Uber und anderen Lieferdiensten notwendigerweise entstehen. Trotz des großen Reichtums, der nach wie vor in der amerikanischen Gesellschaft angehäuft ist, verdüstert sich für breite Kreise die Perspektive. Die Unzufriedenheit nimmt zu, das Bedürfnis nach Veränderung steigt. Das von den Republikanern und den Demokraten vertretene und für alternativlos gehaltene Regime des Neoliberalismus sorgt für das ständige Anwachsen dieser frustrierten Schichten.

Politisch ist eine solche Situation zuerst einmal nach allen Seiten offen, auch nach links. Realistischerweise muss man aber davon ausgehen, dass, bedingt durch den gegenwärtigen Zustand der amerikanischen Gesellschaft, ein erheblicher Teil der Betroffenen eher in konservativen bzw. rechten Zusammenhängen, Ideologien und Milieus eingebunden ist. Konkrete Erfahrungen mit solidarischer Gegenwehr, z.B. in gewerkschaftlichen Kämpfen, dürfte nur ein kleiner Teil haben. Diese Ausgangslage erleichtert es natürlich rechten Demagogen wie Trump Gehör und Unterstützung zu finden.

Die politische Vertretung der Arbeiterklasse ist bei der Partei der Demokraten angesiedelt. Unter Arbeiterklasse werden meistens die klassischen Industriearbeiter_innen verstanden. Nun sind die Demokraten keine wirklich linke und schon gar keine Klassenpartei. Sie waren immer die Partei von mehreren Klassen und Schichten und auch eine Partei des Kapitals. Zurzeit setzen das High-Tech Kapital und die international prosperierenden Kapitale tendenziell eher auf die Demokraten, ebenso wie



Tea Party-Kundgebung April 2009

Bild: CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=6573076>

konnte in 40 Jahren keine Verbesserung erzielen und muss sich jetzt mit 12% des Nationaleinkommens begnügen, während die Spitze (1%) einen steilen Anstieg erlebte und sich jetzt 20% des Nationaleinkommens aneignet. Die Zahlen beziehen sich nur auf das jährliche Einkommen, Vermögen und Besitz (Immobilien, Aktien usw.) sind nicht berücksichtigt, hier ist die Ungleichheit noch deutlicher.

Die Klassenlage in den USA ist seit Jahrzehnten durch die immer größer werdenden Unterschiede zwischen arm und reich geprägt. Oder

San Francisco, können sich solche Jobber_innen keine Wohnung mehr leisten, sie müssen im Auto schlafen.

Auch wenn es in den USA in den vergangenen Jahren (bis zur Pandemie) ein mäßiges aber stetiges Wirtschaftswachstum gegeben hat, auf längere Sicht bedeutete das für die Mehrheit der Bevölkerung nur ein allmähliches Überwinden des Einbruchs von 2008. Anscheinend ist die US-Ökonomie nicht mehr in der Lage das notwendige Wachstum zu generieren, um damit die steigenden Renditeansprüche der Kapitalbesitzer_innen zu erfüllen und gleichzeitig

große Teile der städtischen, sich als progressiv empfindenden, gut ausgebildeten Schichten, die für dieses Kapital die gut bezahlte Arbeit leisten. Diese Gruppen und Schichten sind momentan für das Erscheinungsbild bestimmend. Dagegen sind die immer größer werdenden prekären Schichten kaum eingebunden. Es gibt bei den Demokraten zwar verbreitete Kritik an einzelnen Ausprägungen des neoliberalen Regimes, oder an den Übertreibungen, wie oft argumentiert wird, aber kein konsequentes Gegenkonzept. Letztlich wird der Neoliberalismus als alternativlose Realität akzeptiert. Die Demokraten als Ganzes sind keine Bewegung, die wirklich gegen die Ursachen der ökonomischen und sozialen Ungleichheit ankämpfen würde. Ob mit dem linken Flügel der Demokraten um Bernie Sanders etwas im Entstehen ist, das diese Rolle wahrnehmen könnte, kann im Rahmen dieses Artikels nicht weiter untersucht werden.

Die Übergriffe der Polizei, vor allem der Mord an George Floyd, und die darauf folgende Welle von Demonstrationen im Sinne von Black Lives Matter haben an die immer noch vorhandenen rassistischen Strukturen in der Gesellschaft erinnert, Rassismus gegen die schwarze Bevölkerung, in neuerer Zeit auch gegen Migrant_innen aus Mittelamerika und aus muslimischen Ländern. Man darf sich den Einfluss des Rassismus dabei nicht immer als sehr offensichtlich vorstellen. Rassistische Strukturen und Einflüsse sind in vielen Milieus, Mentalitäten und kulturellen Zusammenhängen wirksam. Rassistische Reflexe sind Bestandteil der sozialen Realität. Sie sind Bestandteil der Identitäten und der ideologischen Erklärung von Gesellschaft und Staat. Die Menschen sind vielfach darin eingebunden, ohne sich dessen bewusst zu sein und ohne es offen nach außen zum Ausdruck zu bringen.

Ähnliches gilt auch für andere typische amerikanische „Ideologien“, wie etwa den Kult um den Waffenbesitz. Viele Menschen sind von dieser Mentalität beeinflusst, auch wenn sie selbst keine direkten Waffennärr_innen sind. Das gleiche gilt von den (halb-)religiösen Vorstellungen (Puritanismus, calvinistische Arbeitsethik) eines strikten und rigorosen Individualismus, nach denen jeder für sich

selbst sorgen muss und kann und jegliche umverteilende Einrichtung, auch die einer Krankenversicherung, bereits als Eingriff in die persönliche Freiheit verstanden wird. Waffenbesitz, Puritanismus, calvinistische Arbeitsethik, Rassismus, libertärer Individualismus, das alles ergibt eine komplexe Mischung aus Einflüssen, der viele Menschen unterliegen, besonders auf dem Lande wo solches als eindeutig dominierende Kultur etabliert ist und wenige Alternativen zur Verfügung stehen. Man muss sich den/die typische_n Trumpwähler_in nicht unbedingt als Rassist_in oder als besonders gläubige_n Christ_in oder als Waffennärr_in vorstellen. Aber er/sie wird von allen diesen Strömungen beeinflusst sein. Und selbstverständlich gibt es auch die offenen

ner gemacht, aber kaum im Sinne der von ihm neu mobilisierten Schichten.

Ein auch langfristig bedeutender Erfolg für alle Konservativen ist sicher die Besetzung von drei Positionen des obersten Gerichts mit konservativen Kandidat_innen und, das sollte man nicht vergessen, von 196 (von insgesamt 890) auf Lebenszeit ernannten Positionen bei weiteren Bundesgerichten. Das wurde möglich durch Todesfälle und Rücktritte, und durch die über ein Jahr andauernde Obstruktionspolitik der republikanischen Senatsmehrheit, die sich, noch während der Präsidentschaft Obamas, weigerte, sich mit den nominierten Kandidat_innen überhaupt nur zu befassen.

Die Verlegung der Botschaft der USA in Israel nach Jerusalem war,



Black Lives Matter-Demonstration in Philadelphia, Bild: Maina Kiai

Rassist_innen, die besonders Gläubigen und die Waffennärr_innen zur Genüge. Trump hat solchen Gruppen bis hin zu den äußersten Rechten, von Alt-Right, Proud Boys, QAnon usw. durch kaum verschlüsselte Äußerungen x-mal signalisiert: „*ich stehe auf eurer Seite und vertrete eure Interessen, auch wenn ich das nicht immer offen sagen kann und manchmal auch Rassismus abstreiten muss.*“

Die Präsidentschaft Trumps, was er wirklich bewegt hat

Überprüft man nach vier Jahren, was während der Administration Trump wirklich umgesetzt wurde, ergibt sich ein interessantes Bild. Trump hat nämlich in der Realität vor allem Politik im Sinne der traditionellen Anhänger_innen der Republika-

dem Vernehmen nach, ein besonderes Anliegen der evangelikalen Christ_innen. Auch bei dem Verhältnis zu Israel allgemein und der speziellen Beziehung zu Netanjahu scheint dieser Aspekt wichtig gewesen zu sein. Durch das enge Verhältnis zu Saudi-Arabien wurden auch die Interessen Rüstungsindustrie bedient.

Eines der wichtigsten Projekte, die realisiert wurden, war die Steuerreform. Hier hat Trump ganz im Interesse der traditionellen Klientel der Republikaner gehandelt. Die Forderungen nach Steuersenkungen war ein alter Programmpunkt der Republikaner. Das Ausmaß der realisierten Entlastungen und damit auch der Einnahmeausfälle für den Staat ist bedeutend. Aber die Verteilung der Steuersenkungen ist äußerst ungleichmäßig. Profiteur_innen sind

einmal die Unternehmen, denn die Körperschaftssteuer (Gewinnsteuer) wurde von 35% auf 21% gesenkt. Die gleichzeitig vorgenommenen Veränderungen bei der Einkommenssteuer bedeuten für Großverdiener_innen sehr viel Steuerersparnis. Gutverdiener_innen profitieren schon etwas weniger, aber immer noch erheblich, Durchschnittsverdiener_innen zumindest noch etwas und Kleinverdiener_innen und Arme praktisch gar nichts mehr. Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen in der amerikanischen Gesellschaft hat sich seit den 80er Jahren (dem Beginn des Neoliberalismus) ständig verstärkt. Mit dieser Steuerreform wurde diese Tendenz noch weiter verschärft. Sie besteht aus

Ihren symbolischen Höhepunkt (oder besser Tiefpunkt) fand diese Politik in der Leugnung des Klimawandels und dem Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen.

Ursprünglich hatte Trump am Anfang seiner Amtszeit ein Billionenprogramm für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur angekündigt, das auch viele Arbeitsplätze schaffen sollte. Das groß angekündigte Programm ist dann aber im Sand verlaufen. Wirklich geschehen ist auf diesem Sektor nichts, was über die üblichen, eher bescheidenen Maßnahmen der Vergangenheit hinausgehen würde. Dabei ist die drohende bzw. bereits eingetretene Überalterung der Infrastruktur allgemein anerkannt.

aus Wind und Sonne. Das billige Fracking-Erdgas, auch ein Liebling von Trumps Politik, drängte die Kohle zurück. Die Versprechungen für die Kohlekumpel erweisen sich als gegenstandslos. Vermutlich waren sie von vorne herein als populistische Begleitmusik bei der Absicherung der Interessen des traditionellen Energiekapitals gedacht.

Trump hatte auch angekündigt, das Handelsbilanzdefizit der USA beseitigen zu wollen. Das Mittel dazu sollten Strafzölle sein, die in großer Anzahl und mit aggressivem Gebaren verhängt wurden. Aber auch deren baldige Wiederaufhebung wurde des Öfteren in Aussicht gestellt, nach dem Abschluss eines großartigen Deals. Zieht man Bilanz, wurde es nichts mit der Reduzierung des Handelsdefizites. Dieses hat sich um ca. 15% auf 864 Milliarden Dollar erhöht. Zwar wurde das Defizit gegenüber China, das das Hauptziel der Strafzölle war, etwas reduziert, was aber durch höhere Fehlbeträge im Handel mit Europa, Lateinamerika und dem Rest Asiens mehr als ausgeglichen wurde. Es wurde eine gewisse Schädigung Chinas erreicht, aber amerikanische Produzenten haben nur wenig davon profitiert. Häufiger verlagerten sich die Lieferketten in andere Billiglohnländer (Vietnam, Kambodscha) aber auch teilweise nach Südkorea usw.

Man muss kein_e bedingungsloser Verfechter_in einer Freihandelspolitik sein, um zu erkennen dass Zölle ein zweischneidiges Schwert sind. Einmal provozieren Zollerhöhungen Gegenmaßnahmen, dann erhöhen sie die Importpreise und belasten damit die Abnehmer_innen der Importe. Ob auch die Chancen für einheimische Produzent_innen steigen, mehr zu verkaufen und damit mehr zu produzieren und Arbeitsplätze zu schaffen, ist von vielen Faktoren abhängig und kann nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden. Sind z.B. Produktionsstätten bereits geschlossen oder verlagert, sind Zollerhöhungen praktisch nie ausreichend, um diese Schritte wieder rückgängig zu machen. Beim Import von Halbfertigprodukten, sind die direkten und indirekten Folgen von Zollerhöhungen, bei den heute üblichen komplexen Lieferketten, kaum zu überblicken. Nach einer Un-



Obdachlosensiedlung in Seattle, Oktober 2013

Steuergeschenken für die Reichen und ist ganz gewiss keine Politik im Interesse der ärmeren und benachteiligten Gruppen. Hervorzuheben ist auch, dass sich die Republikaner keineswegs an den Finanzierungslücken gestört haben, die diese Steuerreform in den Staatsfinanzen aufgerissen hat. Das früher hochgehaltene Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wurde sang und klanglos aufgegeben.

Politik ganz im Sinne der traditionellen Klientel war auch die Aufhebung von Umweltstandards und Regulierungen aller Art. Profitiert hat davon vor allem der Energiesektor (aus dem mit den Gebrüdern Koch auch wichtige Förderer Trumps kommen) und insbesondere das Fracking, das in den USA einen Boom der Erdgasförderung auslöste und die USA auch zum Nettoexporteur machte.

Trump hat sich immer wieder rhetorisch auf die sogenannten Modernisierungsverlierer_innen aus dem Rost-Gürtel bezogen. Ein Versprechen war z.B. die Wiederbelebung der Kohleförderung. Unabhängig davon, was man von diesem Ziel aus Klimaschutzgründen hält, ist festzustellen: Das Ziel wurde nicht erreicht, die Kohleförderung ging weiter zurück, es wurden keine Arbeitsplätze geschaffen. Es wurden zwar diverse Regulierungen und einschränkende Bestimmungen zur Luftreinhaltung aus der Obama Zeit aufgehoben, und damit juristisch eine Ausweitung der Nutzung von Kohle ermöglicht. Praktisch standen dem aber die billigere Konkurrenz durch Erdöl und besonders durch Erdgas entgegen, zum Teil auch die inzwischen wirtschaftlich konkurrenzfähige Stromerzeugung

tersuchung der US-Notenbank führten die Strafzölle in den USA zu negativen Effekten. Gemäß dieser Studie erhöhte sich durch die Strafzölle die Beschäftigung zwar in einzelnen Branchen, was zu einer Zunahme der Beschäftigung von insgesamt 0,3 % führte. Das muss aber mit Stellenverlusten von 1,8 % gegengerechnet werden, die durch die höheren Importpreise bzw. durch Gegenmaßnahmen verursacht wurden.

Das Ergebnis ist nicht sehr überraschend, denn isolierte Zölle, die nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden sind, bewirken meistens wenig. Andere gezielte Maßnahmen zur Förderung von bestimmten Industrien oder Regionen und zur Steuerung von Investitionen (wie auch immer das im Einzelnen versucht wird) sind mindestens genauso wichtig, wie ein Schutz durch Zölle. Die Zustände, die man verändern will, waren das Ergebnis von Marktkräften. Wenn man alles dem Markt überlässt, wird das Drehen an nur einer Schraube (höhere Zölle) nur selten zu wesentlich anderen Ergebnissen führen. Ein solches Gesamtkonzept hat es aber nicht, auch nicht im Ansatz, gegeben.

Unter Trump ist im traditionellen Einwanderungsland USA praktisch jede Zuwanderung zum Erliegen gekommen. Die Mauer an der Grenze zu Mexiko wurde, trotz Widerstands, weitergebaut und vergrößert. Die Regierungen in Mittelamerika hat er durch Erpressung gezwungen gegen Migrant_innen vorzugehen. Gegen etliche muslimische Länder wurde ebenfalls ein Einreisestopp verfügt. Dadurch war die Einwanderung schon weitgehend reduziert, bevor wegen der Pandemie jede Einreise gestoppt wurde. Allerdings gilt auch hier, die industriellen Arbeitsplätze

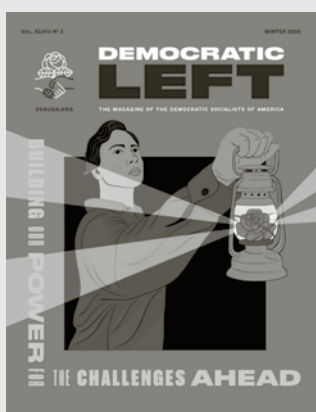
gingen nicht wegen der Migrant_innen verloren. Der Zusammenhang von Migration, Wirtschaftsentwicklung, Lohnentwicklung und Arbeitslosigkeit ist kompliziert. Mit einfachen Parolen, Fremdenfeindlichkeit bis hin zum plumpen Rassismus kann man zwar bei einem gewissen Wähler_innenspektrum punkten, aber keine echten Probleme lösen.

Ein weiteres Versprechen bestand auch darin die Soldat_innen heimzuholen und Militäreinsätze zu reduzieren. Diese Abneigung gegen bewaffnete Interventionen ist mit das Positivste an der Präsidentschaft Trumps. Aber trotzdem ist die Außenpolitik Trumps stark von Aggressivität geprägt. Ein Beispiel dafür ist das Vorgehen gegen den Iran. Die USA halten sich nicht mehr an das unter Obama ausgehandelte Atomabkommen und belegen den Iran mit härtesten Wirtschaftssanktionen (die auch jetzt, nach der Wahl, noch einmal verschärft wurden). Sie schreckten auch nicht vor der Tötung des General Soleimani zurück. Auch der Krieg Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate im Jemen wäre ohne die Unterstützung durch die USA so nicht möglich. Die Zurückhaltung bei eigenen Militäreinsätzen ist also alles andere als eine Friedenspolitik. Ein weiteres Beispiel der Aggressivität der USA unter Trump ist das Vorgehen gegen Kuba. Die Verschärfung der Sanktionen gegen Kuba waren durch keinerlei Taten oder gar Provokationen von Seiten Kubas begründet.

Und dann gibt es weiterhin die ungebremste Aufrüstung. Die Militärausgaben erreichen Rekordhöhen und sind neben den Steuersenkungen der zweite Grund für die zunehmende Verschuldung.

Im Verhältnis zu China zeichnet sich inzwischen eine grundsätzliche Konfrontation ab. In den ersten Jahren seiner Administration haben die Handelsfragen das Verhältnis dominiert. Neben der Konfrontation schien immer auch eine Einigung im Bereich des Möglichen zu sein. Trump hat mehrmals durch entsprechende Äußerungen einen Deal mit „seinem Freund Xi“ als wahrscheinlich dargestellt. In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit trat die grundsätzliche Rivalität mit dem aufstrebenden China immer mehr in den Vordergrund. Den klarsten Ausdruck fand das im Ausschluss von Huawei beim Aufbau des 5G-Netzes und der Forderung an alle Verbündeten es auch so zu handhaben. Allerdings scheint die Administration Trump noch keine kohärente Strategie entwickelt zu haben wie man mit dem Rivalen China umgeht. Das bleibt als Aufgabe für den Nachfolger und wird vermutlich auch von diesem als seine Aufgabe gesehen.

Wenn man über alles Bilanz zieht, kann man feststellen. Die Präsidentschaft Trumps hat einiges im Interesse der Republikaner erreicht, aber für die neuen Wähler_innenschichten, denen er seine Präsidentschaft verdankt, hat er außer Show und Rhetorik nicht viel bewegt. Vor allem hat er nichts für deren grundlegende wirtschaftliche Interessen getan. Im Gegenteil, mit der Steuerreform hat er diese geradezu verraten. Tatsache ist aber auch, dass dies von der Mehrzahl der Anhänger_innen nicht so eingeschätzt wird, Trump hat ihr Vertrauen nicht verloren. Der Schlüssel dazu könnte die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit sein. In dieser Zeit hat sich der Erholungsprozess



In den USA sind nicht nur Donald Trump und die Wahl interessant. Es gilt auch eine Entwicklung zu beobachten, die langfristig sehr wichtig werden könnte. Das Auftreten von vergleichsweise starken linken Kräften. Die Erfolge von Bernie Sanders bei den zwei zurückliegenden Vorwahlen zeigen, dass man in den USA nicht mehr von vornherein chancenlos ist, wenn man sich selbst als Sozialist bezeichnet. Natürlich sollte diese Selbstbezeichnung nicht

überbewertet werden, aber ein Aufschwung bei den Linken ist deutlich zu sehen und ja auch nicht nur auf die Person Sanders beschränkt. Das Erstarken von linken Kräften könnte von erheblicher Bedeutung für die USA sein. Eine ausführliche Analyse der Linken Strömungen, ihrer internen Diskussionen, ihrer Politik, ihrer Chancen und Grenzen kann, so wichtig sie wäre, im Rahmen dieses Artikels leider nicht geleistet werden.

nach der Finanzkrise 2008 weiter fortgesetzt und 2019 einen Höhepunkt erreicht. Insbesondere die Arbeitslosigkeit ging bis auf 3,5 % zurück, dem niedrigsten Wert seit 50 Jahren. Auch wenn diese Entwicklung den oben beschriebenen langfristigen Trend der Stagnation der niedrigeren Einkommen nicht umdrehen konnte, war sie für viele positiv spürbar und könnte der Grund für einen weiteren Vertrauensvorschuss an Trump gewesen sein. Selbstverständlich sprechen viele Argumente dafür, dass die Erholung nach der Finanzkrise bereits unter Obama anfang und sich unter Trump einfach fortgesetzt hat. Es gibt auch gute Gründe dafür, den Einfluss der üblichen neoliberalen Politik auf den Konjunkturverlauf grundsätzlich für begrenzt zu halten. Aber die Bewertung der Wähler_innen kann eine andere sein.

Was bedeutet ein Präsident Biden?

Biden hat einige wichtige Punkte in seinem Wahlprogramm, wie die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Dollar, den Ausbau der Krankenversicherung (eine staatliche Versicherung als Option für alle) und eine Korrektur der republikanischen Steuerreform.

Die Administration Biden wird auch die Sonderrolle der USA in der Klimapolitik beenden. Das ist zu begrüßen, aber leider keine Garantie für schnelle Fortschritte. Die häufige Betonung der Wichtigkeit des Klimaziels durch führende Politiker, bedeutet nicht notwendigerweise, dass es wirklich voran geht. Das ist nicht zuletzt die Erfahrung, die wir in Deutschland machen.

Auch die Demokraten haben ein umfangreiches Paket für Investitionen im Infrastrukturbereich angekündigt. Dabei gibt es einen qualitativen Unterschied zu den Vorstellungen der Trump Administration. Denn das neue Programm enthält und fordert viele Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu sehen sind.

Außenpolitisch ist Biden als Falke einzustufen, er hat sich in der Vergangenheit des Öfteren offensiv für Militäreinsätze ausgesprochen. Z. B. hat er vor dem Irakkrieg mehrmals für den militärischen Sturz Saddam

Husseins plädiert. Innerhalb der Obama Administration vertrat er eher die harte Linie. Im Wahlkampf ist er etwas vorsichtiger aufgetreten, aber man wird sehen was davon bleibt.

Nutznieser_innen der neuen Administration werden die Regierungen der Verbündeten sein. Denn sie werden einen US Präsidenten bekommen, der wieder die unter Regierungen üblichen Formen wahr, der wesentlich besser berechenbarer ist und der erklärtermaßen ein gutes Verhältnis zu den Verbündeten anstrebt. Ob sich aber inhaltlich viel ändert, ist fraglich. Der Druck, die Ausgaben fürs Militär erheblich zu steigern, wird bleiben. Merkel hat ja auch schon signalisiert, dass sie sich dessen bewusst ist.

Das Verhältnis der Administration Biden zu Russland wird von der Einstufung Russland als strategischem Gegner geprägt sein. Unter Biden gibt es wahrscheinlich eine Chance auf ernstzunehmende Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Atomwaffen, über eine Nach-



folgeregelung des 2021 auslaufenden New-START Vertrages. Putin hat auch Interesse signalisiert und eine (vorläufige) Verlängerung angeboten, um die dadurch gewonnene Zeit für neue Verhandlungen zu nützen.

Noch bedeutender für die Weltpolitik wird aber das zukünftige Verhältnis USA-China sein. Hier deutet alles darauf hin, dass auch die Demokraten und ihr Präsident in China vor allem den Rivalen sehen, der zukünftig in der Lage sein könnte, die Vormachtstellung der USA herauszufordern, sei es in der Wirtschaft im Allgemeinen und bei den Spitzentechnologien im Besonderen, beim Einfluss auf andere Länder und Regionen und auch beim Militär. Sicher sind die USA in vielen Bereichen und besonders im militärischen zurzeit noch klar füh-

rend. Aber dieser Vorsprung wird anscheinend von vielen in Washington auch als Chance gesehen, jetzt, noch aus einer Position der Stärke heraus, China entgegen zu treten.

Seit seiner ersten Erklärung als gewählter Präsident hat Biden immer wieder betont, er sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, die Spaltung, die sich gerade wieder in den Wahlen gezeigt habe, zu überwinden. Er wird ohne Zweifel eine entsprechende Rhetorik pflegen und damit einen Gegensatz zu Trump markieren.

Aber was bedeutet Überwindung der Spaltung inhaltlich? Das ist weit weniger klar. Soll wirklich etwas bewegt werden, müsste dafür die eigentliche Ursache der Spaltung, der große Unterschied zwischen arm und reich, ins Visier genommen werden, mit tiefgreifenden Änderungen in der Gesundheits-, Bildungs-, Steuer- und Sozialpolitik. Das ist aber eher nicht zu erwarten. Die neue Leitlinie für die Politik der Demokraten scheint zu sein, dort anzuknüpfen wo Obama aufgehört hat und diese Politik fortzusetzen. Ein Beispiel mit Symbolkraft für eine solche Politik könnte „Obamacare“ sein, sicher eine Verbesserung gegenüber dem was vorher galt, aber irgendwie auch Stückwerk, kein Durchbruch, keine wirkliche Wende. Gegen eine Wende steht schon die starke Stellung der Republikaner im Senat, die versuchen werden alles auszubremsen, was auch nur im Verdacht steht links zu sein. Bei anderen Themen, wie etwa einer Polizeireform, besteht das Hindernis darin, dass eine solche vor allem Sache der Bundesstaaten wäre. Aber äußere Widerstände sind nicht der einzige Grund, der dominierende Flügel der Demokraten, und die sie unterstützenden Interessengruppen, wollen keine grundsätzliche Wende, sie wollen vielleicht eine Modifizierung, aber kein Ende der neoliberalen Politik.

Vermutlich wird zuerst einmal die Sars CoV 2 Pandemie im Vordergrund stehen, mit dem Versuch die weitere Ausbreitung einzudämmen, mit der Organisation von Impfungen und vor allem der Bekämpfung der wirtschaftlichen und sonstigen Folgen. Wie weit dann noch Energie (und Finanzmittel) für weitere Vorhaben vorhanden sind, wird sich zeigen. Es besteht kein Anlass, dabei beson-

ders optimistisch zu sein, was die zu erwartende Politik betrifft.

Wie geht es weiter?

Die Wahl ist vorbei, aber wichtige Fragen sind noch offen. Merkwürdigerweise sind die wichtigsten offenen Fragen nicht auf die neue Administration bezogen. Selbstverständlich ist hier noch vieles unklar, es sind noch nicht alle Minister_innen benannt, der Einfluss der verschiedenen Flügel der demokratischen Partei auf die Regierung ist noch nicht abschließend erkennbar etc. Aber das sind alles Fragen, die am Beginn einer neuen Regierung üblich sind.

Die größeren Unsicherheiten über die weitere Entwicklung gibt es bei den Republikanern. Es sind mehrere Varianten denkbar. Einmal, die

Und dann ist noch eine dritte Variante möglich: Trump isoliert sich selbst mit seinen Betrugsvorwürfen und manövriert sich in eine politische Sackgasse. Sein Anspruch, die Wahl eigentlich gewonnen zu haben, könnte dann zur Lachnummer werden, die (fast) niemand mehr beeindruckt. Es ist schwer einzuschätzen wie groß dann dieses „fast“ noch sein könnte. Wie viele Menschen weiter zu ihm halten würden und für was sie mobilisierbar wären.

Sicher ist eine Entscheidung über diese Varianten auch vom persönlichen Verhalten Trumps abhängig, wie weit er in der Politik aktiv bleibt und wie weit er seinen Beitrag (die Bindung gewisser Wählerschichten) in Zukunft leisten wird. Aber es ist nicht nur die persönliche Entscheidung Trumps, es ist auch eine



Republikaner begnügen sich damit, ihren erheblichen Einfluss im Senat für ihre Interessen, für ihre Sicht der Dinge zur Geltung zu bringen. Dabei könnte es harte Auseinandersetzungen geben, aber auch Kompromisse und in einigen Fragen vielleicht auch gemeinsame Positionen (z. B. bei der Haltung gegenüber China).

Die zweite Variante wäre die Obstruktion wo immer möglich und insbesondere die Aufrechterhaltung des Vorwurfs, die Abwahl Trumps und die Wahl Bidens sei nur durch Betrug möglich gewesen. Dies wäre ein Versuch der Delegitimierung der neuen Administration und würde zwangsläufig auch auf Delegitimierung des üblichen demokratischen Prozesses hinauflaufen. Durch das Verhalten Trumps ist das ja bereits bis zu einem gewissen Grad eingetreten. Wenn dieser Weg in den nächsten Jahren fortgesetzt würde, könnte das zu einer grundsätzlichen Erschütterung des US-amerikanischen Politsystems führen. Über die Folgen kann man zurzeit nur spekulieren.

Entscheidung der Republikaner als Partei.

Fest steht, dass die von Trump mobilisierten Wähler_innenschichten jetzt nach der Wahl nicht einfach verschwinden. Wenn es nicht Trump selbst macht, könnte auch jemand anderes versuchen in seine Fußstapfen zu treten. Auch darüber kann man zurzeit nur spekulieren.

Die Wahl war mit Sicherheit zu einem erheblichen Teil eine Anti-Trump Wahl und nicht unbedingt eine Pro-Biden Wahl. Dabei könnte der Wunsch nach einer Rückkehr zu einer „normalen“ Politik wichtig gewesen sein. Von seiner Rhetorik und seinem Auftreten her, kann Biden sicher Normalität bieten. Aber Normalität unter Biden bedeutet eben auch, ein prinzipielles Festhalten am Neoliberalismus. Normalität bedeutet dann auch Aktivitäten zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie inklusive Drohneinsätze, CIA-Unternehmungen und eventuell Militärinterventionen. Enttäuschung über die neue Normalität könnte sich bald einstellen.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 209 Herbst 2019, 32 S.

- Ökologie, Degrowth und Marxismus
- Rüstungsausgaben weltweit auf Höhepunkt
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil IV
- Homeoffice – Weichen werden gestellt
- Rezensionen:
Imperiale Lebensweise
Faschismustheorien

Nr. 208 Sommer 2020, 28 S.

- Die Krise und ihre Folgen
- Degrowth, eine neue Bewegung?
- Ein Volk im Hausarrest
- Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie
- Gesundheit ist keine Ware
- Homeoffice, ein Zaubermittel?
- ...

Nr. 207 Frühjahr 2020, 28 S.

- Fairer Wandel in der Metallindustrie?
- Bürgerschaftswahl in Hamburg
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 3
- Warum schießt das chilenische Militär nicht?
- Das Wahldesaster von Labour
- Der erste Krieg der BRD
- Eine neue Krise steht vor der Tür
- Karl Marx – Ratgeber der Gewerkschaften?
- Meine Mama war Widerstandskämpferin

Nr. 206 Winter 2018/2019, 36 S.

- Digitalisierung – Fluch oder Segen?
- AfD-Parteitag in Braunschweig
- Zum 70. NATO-Jubiläumsgipfel
- Die soziale Explosion in Chile
- Lateinamerika – Abgewürgte Aufbrüche
- Unsere Jahreskonferenz
- Die Welt in Bewegung
- Laut zu sagen, was ist ...

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Tarifrunde IG Metall

„Was Tarifpartnerschaft für Menschen bewegen kann“

Bereits Ende des Jahres 2019, noch vor dem Ausbruch der Corona Pandemie hierzulande, war eine beginnende konjunkturelle Abschwächung in der Industrie spürbar. Besonders in der Autoindustrie gingen die Verkaufszahlen stark zurück. Die konjunkturelle Schwäche ist inzwischen zur handfesten Krise geworden. Sichtbar hat das jetzt die Pandemie gemacht. Sie hat alle Branchen der bundesdeutschen Industrie in eine tiefe Krise gestürzt. Der Automobilsektor aber ist mit am stärksten davon betroffen.

Die Betriebe stehen vor der Transformation durch Digitalisierung, Klimawandel und der Forderung nach Dekarbonisierung, konkret etwa dem Umstieg auf Elektrofahrzeuge. Die IG Metall errechnete, dass alleine in dieser Schlüsselindustrie, die Zulieferbetriebe nicht mitgerechnet, rund 300.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Aus diesem Grunde sollte die Tarifrunde in diesem Frühjahr unter der Zielstellung der Arbeitsplatzsicherung stehen.

Sicherung der Arbeitsplätze

Gefordert wurde ein sogenanntes Zukunftspaket mit Regelungen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Nach Auffassung der IG Metall sollte das durch die Absenkung der Arbeitszeit geschehen, wobei durch Aufzahlun-

gen des Betriebes die Beschäftigten möglichst wenig Geld verlieren sollten. Die Gewerkschaft wollte deshalb eine verbindliche Reihenfolge von Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung: zuerst sollten die Arbeitszeit-Konten und Kurzarbeit mit Aufzahlungen genutzt werden. Bei Auslastungsproblemen der Betriebe werden so Entlassungen verhindert.

Ein weiterer Forderungspunkt waren die sogenannten „Zukunfts-Tarifverträge“. Diese wollte man in den einzelnen Verbandsbetrieben bilateral abschließen. Eine Rahmenvereinbarung mit dem Arbeitgeberverband, wonach sich die einzelnen Unternehmen auf Verlangen der Gewerkschaft auf Zukunfts-Tarifverträge einlassen müssen, würde das ermöglichen. In diesen Zukunfts-Tarifverträgen wollte die IG Metall Investitionen, Produktionsperspektiven und die Qualifizierung der Beschäftigten festschreiben, um so die Arbeitsplätze in der Zukunft zu sichern.

Neben der Forderung nach Arbeitsplatzsicherung, d.h. dem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, standen die Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter (ohne Bezifferung eines Geldbetrags) und die Angleichung der Arbeitszeit der Ost-Metall- und Elektroindustrie an die des Westens. In den Ost-Tarifgebieten gilt nach dem verlorenen

Streik im Jahr 2003 noch immer die 38-Stunden-Woche.

Krisenpaket und Tariffrieden

Am 19. März kam es dann zu einer überraschenden Wende. Im Tarifbezirk NRW wurde ein Abschluss getätigt, der mit den Vorstellungen zu einem Zukunfts-Tarifvertrag nichts mehr zu tun hatte. Die Tarifeinigung wurde dann sehr schnell in alle anderen Tarifbezirke übernommen.

Mit diesem sogenannten Krisenpaket wurde die laufende Tarifrunde unterbrochen. Nach dem Pandemie-Ende, so der IGM-Vorsitzende Jörg Hofmann, wird das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Mit dem „Krisenpaket“ sollen die Beschäftigten und ihre Einkommen geschützt und die Möglichkeit der Kinderversorgung während der Pandemie, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind, geschaffen werden. Auf der Internet-Seite des Arbeitgeberverbandes „Gesamtmetall“ wird das Ganze als „vernünftiger“ Abschluss bezeichnet. Ohne Streikphase und klassische Verhandlungsrunden sei ein Kompromiss gefunden worden, der den Unternehmen Tariffrieden bis Ende 2020 bietet, ohne große neue Belastungen zu schaffen, so Gesamtmetall.

Und in der Tat, betrachtet man den Abschluss genauer, so stellt man

fest, dass der Tarifvertrag weitgehend von den Beschäftigten selbst bezahlt wird. Inhalt der Tarifregelung ist, dass das Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf die Monate April bis Dezember umgelegt wird. Hinzu kommt ein Arbeitgeberzuschuss von 350,- Euro. Durch die Umlegung erhöht sich das Monatseinkommen und dadurch auch das Kurzarbeitergeld. In verschiedenen Tarifgebieten (z. B. in BW) gibt es noch einen zusätzlichen tariflichen Zuschuss zum Kurzarbeitergeld, so dass die Beschäftigten auf bis zu 90 Prozent ihres Nettoeinkommens kommen. Der Abschluss wurde in den Betrieben weitgehend akzeptiert, was nicht verwundert, wenn man sieht, dass das gesetzliche Kurzarbeitergeld bei 60 Prozent des Nettoeinkommens liegt.

Trotzdem bedeutet dieser Abschluss, dass er von den Beschäftigten weitgehend selbst bezahlt wird und mit beachtlichen Lohn- und Gehaltsverlusten verbunden ist.

Nichtsdestotrotz wird der Abschluss in Baden-Württemberg vom dortigen Bezirksleiter Roman Zitzelsberger lobend kommentiert. „Damit wird gezeigt, was eine durch starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände getragene Tarifpartnerschaft für Menschen bewegen kann“, so Zitzelsberger.

Hier haben wir wieder einmal die alte sozialpartnerschaftliche Kugel. Dabei müssten die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften es eigentlich besser wissen. Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze.

Soll eine Tarifforderung durchgesetzt werden, die für die Beschäftigten wirklich eine substanzielle Verbesserung ihrer sozialen Verhältnisse bringt, geht es nie ohne massiven Druck. Es war doch auch in diesem Frühjahr nicht anders. Die Überlegungen der IG Metall, die Zukunfts-Tarifverträge betreffend, haben alle Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie brüsk abgelehnt. Was für ein Geschrei gab es da. Verwunderlich ist allerdings nicht das Geschrei, sondern der Umstand, dass es in der IG Metall Führungsebene Funktionäre gibt, die ungeachtet aller Erfahrungen an der Sozialpartnerschaft festhalten. Bereits im Januar des Jahres haben die Unternehmer die Überlegungen

der IG Metall zur Transformation zurückgewiesen und der Gewerkschaft mitgeteilt: *„Einen formellen, rechtlich wirksamen Verzicht auf Maßnahmen wie Personalabbau, Ausgliederungen oder Standortverlagerungen mit Wirkung für die einzelnen Betriebe können wir aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen weder im Vorfeld noch nach Abschluss der Verhandlungen abgeben“* und *„die von der IG Metall mit dem Angebot gemachten inhaltlichen Vorgaben betrachten wir als Themenvorschläge oder Denkanstöße“*. Soweit also Gesamtmetall.

Neu ist diese Haltung nicht. Sie gab es schon immer. Forderungen nach Mitbestimmung über Investitionen durch Betriebsräte und Gewerkschaften stoßen bei den Unternehmern auf eine Mauer der Ablehnung. Dasselbe gilt für Forderungen nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Diese Mauer der Ablehnung kann nur durch einen Erzwingungsstreik durchbrochen werden. Es ist kaum vorstellbar, dass sich der IG Metall-Vorstand dessen nicht bewusst ist.

Vier-Tage-Woche

Der aktuelle Tarifabschluss hat eine Laufzeit bis zum Jahresende. Doch wird wohl nicht das bereits beschriebene Zukunftspaket auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Die Krise wird bis dahin nicht vorbei sein, sondern sich eher noch verschärfen. Hofmann hat angesichts der zunehmenden Ankündigungen von Personalabbau der Betriebe im Sommer die Einführung einer Vier-Tage-Woche ins Gespräch gebracht.

Im August des Jahres gab Hofmann der *Süddeutschen Zeitung* ein Interview, in dem er auf die kommende Tarifrunde einging. In einer Vier-Tage-Woche sah er für die Betriebe eine Option, einen Stellenabbau zu verhindern. Damit würden sich Industriebetriebe halten lassen, statt sie abzuschreiben. Allerdings soll diese Arbeitszeit-Verkürzung nicht mit vollem Lohnausgleich erfolgen, sondern, so Hofmann, nur *„mit einem gewissen Lohnausgleich für die Beschäftigten“*. Hofmann greift hier auf ein Beispiel zurück, das VW im Jahr 1993 geliefert hat. Dort wurde damals die Verkürzung der Arbeitszeit von 36

Stunden auf 28,8 Stunden, verteilt auf vier Tage, vereinbart. Dadurch wurden Entlassungen vermieden. Die Einkommen wurden allerdings um 10 Prozent gekürzt.

Gesamtmetall verhält sich bis jetzt sehr zurückhaltend gegenüber den Äußerungen Hofmanns und wollte dessen Vorstoß nicht kommentieren. Offensichtlich weiß man noch nicht, wie man mit dem Vorschlag umgehen soll, haben doch schon bedeutende Mitgliedsfirmen des Verbandes wie Bosch, ZF und Daimler im Sommer betriebliche Vereinbarungen zur Reduzierung der Arbeitszeit getroffen. Der Hauptgeschäftsführer des bayerischen Verbandes meinte allerdings dazu im Handelsblatt, dass die Absenkung der Arbeitszeit *„generell ein sinnvolles Instrument“* sei, allerdings nur bei gleichzeitiger Absenkung der Lohnkosten. Genau das wird der springende Punkt sein, sollte die IG Metall die Vier-Tage-Woche als Forderung aufstellen.

Im Moment ist noch nicht bekannt, ob das Unternehmerlager überhaupt grundsätzlich bereit ist, über dieses Thema in Verhandlungen einzutreten. Doch sollte diese Bereitschaft bestehen, dann nur wenn bei dieser Arbeitszeitverkürzung die Lohnkosten kompensiert werden und es zu einer weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeit kommt. Entsprechende Flexibilisierungswünsche der Unternehmer liegen schon lange auf dem Tisch. So fordern sie beispielsweise ein *„zeitgemäßes Arbeitsrecht“*, in dem der acht-Stunden-Tag aufgehoben ist, Pausen und Erholungszeiten flexibilisiert und dereguliert sind.

Die nächsten Wochen werden zeigen, welche Pläne Gesamtmetall für die Tarifrunde in der Schublade hat.

Ökonomie wirkt gegen die Gewerkschaft

Für die IG Metall dagegen sind die ökonomischen Voraussetzungen für diese Tariffbewegung denkbar schlecht. Trotz der Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung sind die Einbrüche bei Aufträgen und Produktion in der Industrie von bis zu 40 Prozent gravierend. Betroffen davon sind alle Betriebs-

größten, Regionen und Zweige der Metall- und Elektroindustrie. In der gesamten Branche befinden sich fast 50 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit (im Juni 2,3 Mio.). Eine weitere Auswirkung der Krise ist, dass nicht wenige Betriebe massive Liquiditätsprobleme haben oder noch bekommen. Das zeigt sich auch immer stärker an der Ankündigung von Personalabbau, Betriebs-schließungen und der Absicht, die Produktion ganz oder teilweise zu verlagern.

Natürlich sind nicht alle angekündigten Maßnahmen der Krise geschuldet. Vielmehr dient sie in manchen Betrieben als Vorwand, um bereits vorhandene Kahlschlagpläne aus der Tasche zu ziehen und umzusetzen. Trotzdem: die Corona-Krise ist real.

So erwägt beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie im Südwesten jede zweite Firma Stellenabbau (StZ, 8. Mai). Inzwischen wird das auch sichtbar.

Mahle, Bosch, Schäffler, Continental, Norma, BMW, Audi, Daimler, um nur einige zu nennen, erscheinen in den Schlagzeilen der Presse. Überall gibt es Aktionen, in denen sich Beschäftigte gegen Stellenabbaupläne wehren. Es ist zu befürchten, dass in den nächsten Wochen die Probleme wegen fehlender Liquidität der Betriebe noch zunehmen werden.

Unter solchen Rahmenbedingungen kann eine Gewerkschaft nicht den notwendigen ökonomischen Druck entwickeln, um Blockadehaltungen der Unternehmer zu brechen. Das gilt allerdings nicht für den politischen Druck. Eine von Arbeitsplatzverlust bedrohte Belegschaft ist immer mobilisierbar. Das zeigen die vielen Einzelbeispiele in der jüngsten Vergangenheit.

Ob die IG Metall aber zu einem großen gesellschaftlichen Konflikt bereit ist, ist aktuell schwer einschätzbar. Das wird nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der Krise und deren Auswirkungen auf die Ökonomie abhängig sein. Möglich ist auch, dass die Gewerkschaft dazu gezwungen wird, wenn ihre sozialpartnerschaftliche Politik ins Leere läuft. Interessante Zeiten liegen vor uns.

18. Oktober 2020

Home-Office: Was tun?

Der Koalitionspartner der SPD im Bunde hat die Pläne (den vorgelegten Gesetzentwurf) von Arbeitsminister Heil (SPD), die u. a. ein Anrecht der Arbeitnehmer*innen auf 24 Tage Home-Office, „dort wo es geht“, abgelehnt. Aber damit ist die Diskussion und Umsetzung von Home-Office noch lange nicht vorbei! Ohne Rückgriff auf die Klassiker*innen oder die US-Präsidentschaftswahlen, ist wieder einmal bestätigt worden, dass es auch auf Kapitaleseite gegeneinander stehende Fraktionen gibt, die sich v. a. darin unterscheiden, wie eine maximale Rendite zu erzielen ist.

Zurzeit wird von der Politik diskutiert, dass es eine Steuersenkungspauschale von maximal 600 Euro pro Jahr geben soll, fünf Euro pro Tag für Menschen, die im Home-Office arbeiten. Dafür sollen sie auf die Pendlerpauschale verzichten. Es zeigt sich einmal wieder: Die Steuerzahler*innen sollen mögliche Extraprofite der auf Home-Office setzende Kapitale finanzieren.

Aber das ist nur eines der Probleme. Nicht alle können Home-Office machen, sei es wegen der technischen-organisatorischen Restriktionen des Produktionsprozesses, sei es durch die Beschränkungen des Wohnraums. Manche wollen oder können nicht auf den direkten Kontakt zu Kolleg*innen verzichten. Und ungeklärt ist immer noch, wie bei Home-Office der Datenschutz und einschlägige Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden können, und wie Gewerkschaftsarbeit unter Home-Office-Bedingungen stattfinden soll und kann.

Das massenhafte Bedürfnis von Arbeitnehmer*innen nach Home-Office müssen wir ebenso zur Kenntnis nehmen, wie deren (zeitliches) Bündnis mit der entsprechenden Kapitalfraktion, mithin ihr (wiederum deutlich werdendes) fehlendes Verständnis ihrer Position als „Klasse an sich“, und ein weiteres Moment für die Spaltung der Arbeiter*innenklasse. Andererseits – und dies kann Ansatzpunkte für

die Auseinandersetzung mit Home-Office bieten – das Bedürfnis nach Home-Office zeigt auch das Bedürfnis nach mehr „selbstbestimmter“ Zeit, nach Lösung gesellschaftlicher Problemlagen, wie z. B. Kindererziehung oder Pflege, der Abschaffung langer Arbeitswege, die Notwendigkeit des Besitzes eines oder mehrerer PKW.

Dass mehr „selbstbestimmte“ Zeit ein großes Bedürfnis der Arbeitnehmer*innen ist, zeigt sich nicht nur an den Tarifabschlüssen des letzten Jahres. Arbeitnehmer*innen sind offensichtlich zugunsten mehr „freier, disponibler“ Zeit bereit, auf Entgeltsteigerungen zu verzichten. Technisch-organisatorische Restriktionen stehen einem solchen Bedürfnis oft nicht entgegen. Jährelang wurde uns z. B. erzählt, Die Eisen- und Stahlindustrie brauche die Kontschicht, da Hochöfen nicht runtergefahren oder abgeschaltet werden können. Heute ist das Argument verschwunden, der technische Fortschritt hat dies möglich gemacht. Und denken wir an den so gerne genannten Einsatz von immer mehr Robotern. Viele Beschäftigte sehen, dass es erhebliche gesellschaftliche Probleme gibt, sei dies bei der Kindererziehung, der Pflege, der Infrastruktur u.v.m. Unzureichende Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen wird ebenso moniert, wie hohe Mieten und die zunehmend belastend werdende Verkehrslage. Dies alles ist natürlich durch verstärkte Home-Office-Arbeit nicht behebbar. Aber dieser „Privatisierungs“-Weg zeigt zweierlei: Erstens erkennen viele (gerade auch hochqualifizierte) Arbeitnehmer*innen die Probleme, die der Kapitalismus befördert hat, wollen etwas dagegen tun (wenn das auch oft in die falsche Richtung führt), und daher sind sie zweitens für (gewerkschaftliche) Argumente ansprechbar, wenn Lösungen für diese Probleme angeboten werden, und wenn diese Argumente zu ihnen gelangen!

Frank Rehberg (Bildungsreferent
ver.di-bub)

Tarifrunde IG Metall

...und noch eine Baustelle...



Streik in Sachsen 2003 für die 35-Stunden-Woche

Im Jahr 2018 wurde am Rande der damaligen Tariffbewegung zwischen den Vorständen der IG Metall und Gesamtmetall vereinbart, die offene Arbeitszeitfrage in Ostdeutschland anzugehen. Dort arbeiten die Beschäftigten nach der Streikniederlage von 2003 noch immer 38 Stunden in der Woche, drei Stunden mehr als im Westen der Republik. Allerdings wurde die Rechnung ohne den Wirt, d.h. ohne die beiden ostdeutschen Arbeitgeberverbände gemacht. Sachsens Arbeitgeberpräsident Brückner ließ sich zwar auf Tarifgespräche ein, vertrat aber dort, dass der Westen zur 38-Stunden-Woche zurückkehren und sich dem Osten angleichen solle und nicht umgekehrt. Es fanden sechs Gesprächsrunden statt, die ergebnislos endeten. Unter diesen Voraussetzungen mussten die Verhandlungen scheitern. Das geschah dann auch Anfang Oktober des Jahres.

Doch nun scheint guter Rat teuer zu sein. Wie soll es weitergehen? Oliver Hövel, Bezirksleiter bis Mitte des Jahres, verkündete: „Die Beschäftigten werden sich das nicht gefallen lassen. Jetzt werden wir Betrieb für Betrieb die Arbeitszeitverkürzung angehen“. Bis zum heutigen Tage ist allerdings nirgendwo etwas angegangen worden. Die Lage ist auch mehr als

kompliziert. Nicht zuletzt durch die Streikniederlage in Sachsen im Jahr 2003 wurde die IG Metall stark geschwächt. So hat z.B. die Branche in Sachsen 1700 Unternehmen. Aber nur rund 140 davon haben eine Tarifbindung. So bekommt nur die Hälfte der 190.000 Beschäftigten der Branche tarifliche Leistungen. Ein weiteres Problem ist die Größe der Betriebe. Hier hat vor allem die Treuhandanstalt ganze Arbeit geleistet. Durch ihr Handeln wurden die großen Kombinate systematisch in Einzelteile zerlegt und diese dann verschербelt. So haben heute in Ostdeutschland 67,5 Prozent der Betriebe weniger als 500 Beschäftigte. Die meisten davon haben nicht nur keine Tarifbindung, sondern auch keinen Betriebsrat. Betriebsrats- und Gewerkschaftsengagement wird dort von den Unternehmern häufig massiv bekämpft. Die Folge davon ist, dass es in den Kleinbetrieben nur wenige Gewerkschaftsmitglieder oder oft gar keine gibt. Die IG Metall ist in solchen Betrieben natürlich nicht handlungsfähig. Aber auch in den größeren Betrieben sieht es nicht gut aus. Mit Organisationsgraden zwischen unter 30 und 40 Prozent ist ein Betrieb nicht streikfähig. Alleine in der Automobilindustrie in Zwickau, Chemnitz und Leipzig ist

die Gewerkschaft so aufgestellt, dass sie zu einem Erzwingungsstreik in der Lage wäre. Das ist es wohl auch, was der Bezirksleiter Hövel mit dem „Kampf Betrieb für Betrieb“ meinte. Das Problem dabei ist, dass, würde die Arbeitszeitverkürzung in diesen Betrieben durchgesetzt, dann allerdings alle anderen Betriebe auf Dauer bzw. lange Zeit vollkommen von einer weiteren Arbeitszeitverkürzung abgehängt wären. Ein Teufelskreis, denn dann würde die Gewerkschaft in den verbleibenden Betrieben noch schwächer, als sie es ohnehin schon ist.

Mitte Oktober tagte die Tarifkommission des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen. In der Metallzeitung wird berichtet, dass den Beschäftigten die Angleichung der Arbeitszeit weiter unter den Nägeln brennt. Dazu meinte die Bezirksleiterin Birgit Dietze (im Oktober gab es einen Wechsel in der Bezirksleitung):

„Wir tragen – auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 – eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung“.

Dieser Satz kann nur als Appell an die Unternehmer und die Bundesregierung verstanden werden, in „gemeinsamer gesellschaftlicher Verantwortung“ dafür zu sorgen, dass die Entgelt- und Arbeitsbedingungen an die des Westens angeglichen werden. Das ist ein frommer Wunsch, denn das wird nicht geschehen. Für die abhängig Beschäftigten wird niemand etwas richten, schon gar nicht die Unternehmer oder die Bundesregierung. Das müssen die KollegInnen in den Betrieben schon selbst tun. Bei ihnen muss die Erkenntnis reifen, dass es an ihnen liegt, ihre Arbeits- und Entgeltbedingungen zu verbessern. Solange das nicht geschieht, wird auch die Arbeitszeitfrage eine offene Baustelle bleiben.

Denn: *„es rettet uns kein höh'eres Wesen...uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“*

5. Okt.2020

Tarifrunde 2020 im Öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen



Das Referat auf der Jahreskonferenz befasste sich nur mit den damals noch laufenden Tarifverhandlungen. Es wurde gekürzt; die Ergebnisse der Tarifrunde wurden eingearbeitet und bewertet.

Ende August 2020 endete der Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen. Im Spätsommer/Herbst 2020 sollten die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften ver.di, GEW, IG BAU, GdP und dem Beamtenbund(dbb) auf der einen Seite und den „Arbeitgebern“, vertreten durch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) mit dem Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mäde als Verhandlungsführer und das Bundesinnenministerium auf der anderen Seite, beginnen.

In der Tarifrunde 2020 ging es um Gehaltserhöhungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für rund 2,3 Millionen Beschäftigte. Ver.di hatte gegenüber den „Arbeitgebern“ von Bund und Kommunen die Verhandlungsführerschaft für die DGB-Gewerkschaften GEW, GdP und IG BAU inne.

Der Tarifrunde war im Juni ein Sondierungsgespräch von ver.di mit den kommunalen Arbeitgebern vorausgegangen. Die Gewerkschaften hatten, ganz im Sinn „verlässlicher und verantwortungsvoller Sozialpartner“, angeboten, die Tarifrunde wegen der Corona-Pandemie auf 2021 zu verschieben. Für die Zeit vom Auslaufen

des Tarifvertrages Mitte 2020 bis zur Aufnahme der Verhandlungen im nächsten Jahr sollten die Beschäftigten dafür eine materielle Entschädigung erhalten.

Das wurde von den „Arbeitgebern“ vehement abgelehnt. Sie besaßen jedoch die Dreistigkeit, die Argumentation umzudrehen und den Gewerkschaften vorzuwerfen, dass sie die Tarifaueinandersetzen ohne Rücksicht auf die Corona-Pandemie durchzögen. Diese Darstellung wurde auch von den meisten Medien übernommen.

Die VKA wollte von der Verschiebung gar nichts wissen und machte deutlich, dass sie nicht willens ist, den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in irgendeiner Form entgegenzukommen. Sie wollte eine lange Laufzeit von drei Jahren und höchstens einen Inflationsausgleich.

Das war ein Schlag ins Gesicht für alle KollegInnen im Öffentlichen Dienst, besonders für die KollegInnen im Gesundheits- und im Pflegebereich. Ihnen war von Seiten der Politik im Frühjahr bestätigt worden, wie wichtig ihre Arbeit sei, dass sie systemrelevant und unverzichtbar seien und eine entsprechende Aufwertung ihrer Berufe stattfinden müsse.

Auch dafür sollten die Hauptforderungen der Gewerkschaften stehen:

- 4,8 Prozent mehr Gehalt,
- mindestens jedoch 150 Euro,
- Arbeitszeit nach 30 Jahren deutlicher Einheit endlich bundesweit

einheitlich auf 39 Stunden pro Woche festlegen und

- Verlängerung der Regelungen zur Altersteilzeit.

Die Forderungen bezogen sich auf eine Laufzeit des Tarifvertrags von einem Jahr.

Es ging im Grundsatz auch um die Frage, wer für die Krise zahlen soll.

Die „Arbeitgeber“ weigerten sich weiterhin hartnäckig, ein Angebot vorzulegen. Dazu Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik: „Statt die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen in der Krise zu honorieren, wollen die Arbeitgeber die Gewerkschaften zu einem Lohnverzicht zwingen. ... Nur wenn es gelingt, die Arbeitgeber bundesweit unter Druck zu setzen, können wir faire Lohnsteigerungen erreichen.“

Ver.di-Vorsitzender Frank Werneke kommentierte das mit den Worten: „Die öffentlichen Arbeitgeber haben sich zwei Runden lang eingemauert. Von Respekt und Anerkennung gegenüber den Beschäftigten war nichts zu spüren. Damit sind Warnstreiks unvermeidlich“. Er zeigte sich enttäuscht vom schleppenden Verlauf und der Verzögerungstaktik der kommunalen Arbeitgeber. „Offensichtlich ist ihnen der Ernst der Situation nicht bewusst“, sagte Werneke. In zentralen Punkten lägen die Verhandlungsparteien noch weit auseinander. „Besonders skandalös ist, dass die Ost-West-Angleichung bei der Arbeitszeit erst 2025 verwirklicht werden soll sowie die angestrebte Laufzeit der Tarifvereinbarung bis in das Jahr

2023 (...) Die Arbeitgeber verschärfen den Konflikt. Die Antwort wird jetzt aus den Betrieben kommen.“

Nach dem Ausschlagen der „ausgestreckten Hand“ (Werneke) mussten ver.di und die anderen Gewerkschaften auf Arbeitskampf umschwenken. Der Apparat und die KollegInnen in den Einrichtungen und Dienststellen mussten nun auf Mobilisierung und Streiks umorientiert werden, um die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen.

Stimmung unter den KollegInnen/Arbeitsverdichtung im Öffentlichen Dienst

Die Stimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern war aufgeheizt und ihre Enttäuschung spiegelt sich deutlich in der häufig zitierten Aussa-

gegebaut worden. Die Bürger erlebten hautnah, dass im Vergleich zu früher weniger Beschäftigte für sie da sind. Dies wurde auch während der Corona-Pandemie nicht nur im Gesundheitsbereich deutlich, sondern der gesamte öffentliche Dienstleistungsbereich war an vielen Orten nur noch eingeschränkt leistungsfähig.

Aufgrund der Sparpolitik waren seit dem Jahre 2000 die Beschäftigtenzahlen im Öffentlichen Dienst um mehr als 250.000 zurückgegangen. Das hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die dort tätigen Menschen. Verglichen mit anderen Sektoren wurden überdurchschnittlich viele Befristungen der Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst eingeführt, der Anteil der befristet Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist mit elf Prozent weiterhin der höchste. Die

den fielen vor allem in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas und Schulen an.

Tarifikampf Öffentlicher Dienst – ver.di geht neue Wege

Klassische Großkundengebungen waren unter Corona-Bedingungen nur eingeschränkt möglich, deswegen entwickelten die Gewerkschaften neue Aktionsformen.

Der Tarifikampf im Öffentlichen Dienst ist immer ein Kraftakt – erst recht in Coronazeiten. Der Abschlusses hat Signalwirkung, wirkt er doch weit über die im Öffentlichen Dienst angestellten KollegInnen hinaus. Diesmal geht es auch darum, wer für die Krise zahlen soll!

Das Besondere an dieser Tarifrunde waren die offensiv beworbenen



ge wider: „Erst wurden wir beklatscht, jetzt wollen die Arbeitgeber uns eine Klatsche verpassen.“ Die „Arbeitgeber“ hatten ja vor Verhandlungsbeginn angekündigt, dass sie eine Nullrunde – bestenfalls mit Inflationsausgleich – anstreben und zwar für mehrere Jahre! Die Empörung war groß und damit auch die Entschlossenheit, für eine Gehaltssteigerung zu kämpfen, in der sich die öffentliche Anerkennung für die gute Arbeit der Beschäftigten im Entgelt widerspiegelte. Deshalb stand die Entgeltforderung in dieser Tarifrunde noch deutlicher im Zentrum der Auseinandersetzung als sonst.

Trotz gestiegener Ansprüche an den Öffentlichen Dienst in den letzten 20 Jahren war erheblich Personal

Fehlzeiten durch psychische Erkrankungen sind erheblich angestiegen, wobei der Zusammenhang zwischen der Höhe des Krankenstands und der Sorge um den eigenen Arbeitsplatz sowie der Überlastung immer deutlicher zutage tritt. Der Personalabbau in den vergangenen Jahren hatte zu einer Arbeitsverdichtung geführt, die die Beschäftigten anfälliger für Krankheiten macht. Dazu kam, dass einige Einrichtungen ohne Überstunden nicht mehr in der Lage sind, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, was eine reale Arbeitszeitverlängerung bedeutet. Im Jahr 2019 leisteten die Beschäftigten in Deutschland rund 969 Millionen bezahlte und ca. 957 Millionen unbezahlte Überstunden. Die meisten unbezahlten Überstun-

Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten – vor allem digital. Die Mitglieder erhielten z.B. über E-Mails, Telegramkanal und Homepage regelmäßig neueste Informationen, aber eben auch die Aufforderung, aktiv zu werden. Dazu wurde das „Amt“ der TarifbotschafterIn geschaffen. Das sind aktive Mitglieder, die ihren Betrieb repräsentieren und in regelmäßigen digitalen Treffen mit den Vorsitzenden und den anderen bundesweiten TarifbotschafterInnen über die aktuellen Entwicklungen in der Tarifaueinandersetzung informiert werden. Die Botschaft ist eindeutig mobilisierungsorientiert. „Wenn nun mit enormem Ressourceneinsatz Beteiligungselemente in eine solche Stellvertreterkultur eingeführt werden, mag dies

kurzfristig mobilisierend wirken. Es bedeutet aber noch keineswegs, dass Beteiligung strukturell verankert wird – und damit das zur Übernahme von Verantwortung und zum Durchstehen von Konflikten nötige Vertrauen der Mitglieder entsteht. Durch die digitalen Kommunikations- und Schulelemente wird Informationsfluss gewährleistet, kann Nähe und Sinnhaftigkeit hergestellt werden. Sehr ambivalent ist es jedoch, wenn die zentral aufgelegten Elemente an den lokal gewachsenen Strukturen vorbeigehen und hierdurch Parallelstrukturen entstehen. Denn vieles gibt es bereits in Varianten lokal, organisiert über reale Treffen im Betrieb oder überbetrieblich in einer Region. Jetzt ist die Verhandlungsspitze vielleicht interessanter als der Gewerkschaftssekretär vor Ort und der Fahrweg zum Gewerkschaftshaus kann gespart werden. Im schlimmsten Fall entfremdet jedoch gerade das die Leute von der Organisation, denn die Verbindung wird (nur kurzzeitig) ‚nach oben‘ geöffnet, nährt dabei aber womöglich erst recht den Dienstleistungsgedanken (‚Ich werde informiert‘). Das gilt insbesondere, wenn die langjährig Aktiven selbst im Stellvertretermodus groß geworden sind und die Gewerkschaftsarbeit von Personalräten getragen wird. Zwar ist der Appell, ‚werde aktiv in deinem Betrieb, es liegt auch an dir‘ überdeutlich. In einer Kultur, die auf keiner kontinuierlichen Basisorientierung aufbaut, gibt es aber kaum Nährboden für das sinnhafte Erleben von Selbstaktivität.“ (Violetta Bock in der SoZ 09/2020)

Angebot der Arbeitgeber und Reaktion der Gewerkschaften

Im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde am 22. und 23. Oktober hatten die „Arbeitgeber“ dann endlich ein Angebot unterbreitet. Dieses sah eine Laufzeit von 36 Monaten vor sowie eine Erhöhung der Entgelte in drei Schritten, und zwar zum 1. März 2021 um 1,0 Prozent, zum 1. März 2022 um weitere 1,0 Prozent und zum 1. März 2023 um weitere 1,5 Prozent. Der erste Erhöhungsschritt sollte mit einem Mindestbetrag von 30 Euro verbunden werden. Dazu sollte es eine Corona-Sonderzahlung für alle Beschäftigten zur Abmilderung der Belastung durch die Corona-Krise in Höhe von 300 Euro geben. Die Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit im Tarifgebiet Ost auf 39 Stunden

wöchentlich sollte in zwei Schritten erfolgen (2023 und 2024).

VKA-Verhandlungsführer Ulrich Mäde: „Das Angebot ist mehr als nur fair, gerade vor dem Hintergrund der über Jahre eingebrochenen Finanzen der Kommunen. Damit wollen wir auch die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst attraktiver machen. Wir erwarten, dass wir auf der Basis dieses Angebots in der nächsten Verhandlungsrunde eine schnelle Einigung erzielen werden.“

Die Verhandlungsführer von Gewerkschaften und Beamtenbund haben das „Arbeitgeber“-angebot als unzureichend zurückgewiesen. Frank Werneke erklärte: „Die ange-

sein und dieses umfassende Angebot anzunehmen.“

Das haben sich diese dann scheinbar auch zu Herzen genommen...

Ergebnis des Tarifikampfs und die Einschätzung der Gewerkschaften

Nach langen Verhandlungen in der dritten Runde war die Kuh dann vom Eis und die Gewerkschaften verkündeten ein respektables Ergebnis. ver.di-Pressemitteilung vom 25.10.2020:

„In der Tarifrunde für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen



botenen Lohnsteigerungen sind geradezu respektlos. Für kleinere und mittlere Einkommen bedarf es eines deutlich höheren Mindestbetrags. Die Laufzeit ist eindeutig zu lang. Insbesondere die Vorschläge für das Gesundheitswesen sind richtig dreist. Nach warmen Worten von Politikerinnen und Politikern im Frühjahr erhalten die Beschäftigten in den Krankenhäusern von den Arbeitgebern eine Klatsche, während sie zeitgleich schon wieder um das Leben von Corona-Patienten ringen. Auch die weiteren Forderungen und Erwartungen wie die Anhebung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro oder die zeitnahe Ost-West-Angleichung bei der Arbeitszeit werden nicht erfüllt“, und weiter: „Das ist sehr enttäuschend. Vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bundesinnenministers, ein vernünftiges Angebot vorzulegen, ist das stattdessen der Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Von einem Durchbruch sind wir weit entfernt.“

Mäde sah das ganz anders: „Das Angebot kostet uns insgesamt 4,8 Milliarden Euro, und das mitten in der schlimmsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Nun ist es an den Gewerkschaften, kompromissbereit zu

Dienstes von Bund und Kommunen haben die Tarifparteien einen Abschluss erzielt. Dadurch steigen die Einkommen tabellenwirksam um 4,5 Prozent in der niedrigsten Entgeltgruppe und -stufe und noch um 3,2 Prozent in der höchsten Eingruppierung. In der Pflege beträgt die Steigerung 8,7 Prozent und in der Spitze für Intensivkräfte rund zehn Prozent. Alle Beschäftigten erhalten zusätzlich noch in diesem Jahr eine Corona-Prämie, für die unteren Entgeltgruppen (1-8) 600 Euro, die mittleren (9-12) 400 Euro, die oberen Lohngruppen (13-15) 300 Euro, für Auszubildende 225 Euro (Bund 200 Euro). Die Tarifvereinbarung läuft bis zum 31. Dezember 2022. (...) Die Löhne und Gehälter werden zunächst zum 1. April 2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro sowie zum 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent angehoben. Auszubildende bekommen jeweils 25 Euro mehr. Für die Pflegekräfte wurden gesonderte Gehaltssteigerungen vereinbart. Ab März 2021 wird eine Pflegezulage von 70 Euro gezahlt, die ein Jahr später auf 120 Euro erhöht wird. Die Zulage in der Intensivmedizin wird mehr als verdoppelt auf 100 Euro monatlich, die Wechselschichtzulage steigt von 105 auf 155 Euro monatlich. In den Betreuungs-

einrichtungen wie Altenheimen wird die Pflegezulage mit einem Plus von 25 Euro auf Gleichstand mit den kommunalen Krankenhäusern gebracht. Ärzte in den Gesundheitsämtern erhalten ab März 2021 eine Zulage von 300 Euro monatlich. Einen Durchbruch gab es in der Arbeitszeitangleichung Ost/West. Ab dem 1. Januar 2023 sinkt die Ost-Arbeitszeit auf Westniveau. Damit ist ein wesentliches Ziel der Gewerkschaft ver.di erreicht. (...) Die von den Arbeitgebern geforderten Regelungen zur Abgruppierung in vielen Bereichen konnten abgewendet werden. Für Flughäfen können künftig Notlagen-Tarifverträge vereinbart werden, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Die tarifvertraglichen Regelungen zur Sicherstellung der Übernahme der Auszubildenden werden ebenso fortgeschrieben wie der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit. In den unteren Einkommensgruppen 1 bis

wahrnehmen. Außerdem ist es gelungen, für den Pflegebereich zusätzliche Verbesserungen durchzusetzen“, sagte GEW-Tarifchef Daniel Merbitz am Sonntag nach dem Ende der Tarifverhandlungen. Er betonte, dass jetzt auch endlich die Arbeitszeit der kommunalen Beschäftigten in den östlichen Bundesländern zum 1. Januar 2023 an das Niveau im Westen angeglichen wird. „30 Jahre nach der Einheit war dieser Schritt überfällig. Deshalb hätten wir uns eine frühere Angleichung gewünscht“, unterstrich Merbitz.

Auch GEW-Vorsitzende Marlis Tepe zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden. „Die Beschäftigten und die Gewerkschaften haben gezeigt, dass sie auch in der Krise handlungsfähig sind – ohne dabei das Augenmaß zu verlieren. Mit ihren Warnstreiks und kreativen Aktionen haben die Beschäftigten einen zentralen Beitrag zu dem Tarifiergebnis

Abschluss der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst vom 2.11.2020).

Schönrechnerei

Mit der seit einiger Zeit in Führungskreisen der Gewerkschaften üblichen Schönrechnerei des Tarifiergebnisses sollen die Mitglieder darüber hinweggetäuscht werden, dass die Ergebnisse, verglichen mit den Forderungen, doch nicht so respektabel sind.

Ob mehr drin gewesen wäre, angesichts des sich damals bereits abzeichnenden „Lockdown-Light“, sei dahingestellt. Wir sind der Meinung, dass die Gewerkschaftsführungen über das Ergebnis und das Ende des Tarifikampfs froh waren. Sie konnten mit relativ geringem Gesichtsverlust aus den Verhandlungen herauskommen. Die lange Laufzeit von 28 Monaten dürfte ihnen sogar entgegenkommen, haben sie doch dadurch entsprechend Ruhe an der Streikfront. Mit diesem Abschluss wurde der gewerkschaftlichen Solidarität ein Schlag versetzt: die im ÖPNV beschäftigten KollegInnen wurden hängen gelassen und waren nun gezwungen, den Kampf allein weiter zu führen, obwohl die Bus- und BahnfahrerInnen sich in großer Zahl an den Warnstreiks beteiligt hatten.

Für die rund 175.000 Sparkassen-Beschäftigten greift die volle Tarifierhöhung erst ab dem 1. Dezember 2022.

Diese beiden letzten Punkte werden von den Gewerkschaften nur am Rande bzw. gar nicht erwähnt.

Als Fazit ist festzuhalten, dass das Verkünden dieses Tarifiergebnisses als ein „respektables“ den GewerkschafterInnen gegenüber, die sich aktiv am Tarifikampf und den Streikaktionen beteiligt hatten, schon fast „respektlos“ ist. Sie wissen, was das Ergebnis ist, denn das spüren sie ja nicht zuletzt in ihrem Geldbeutel.

Solche Schönrechnereien und Irreführungen der Lohnabhängigen müssen ein Ende haben. Respektvoller Umgang mit den KollegInnen bedeutet, dass man wenigstens ehrlich sagt, was ist.

Wenn das Ergebnis der Tarifverhandlungen, wie angekündigt, eine Antwort auf die Frage sein soll, wer für die Krise zu zahlen hat, dann bedeutet das nichts gutes für die Lohnabhängigen.



8 wird zudem die Jahressonderzahlung 2022 um fünf Prozent erhöht. Bei den Angestellten der Sparkassen wird künftig ein Teil der Sparkassensonderzahlung in freie Tage umgewandelt...”

In der GEW wird das nicht anders gesehen.

„Respektables Ergebnis in schwierigen Zeiten“

Als ein „respektables Ergebnis in schwierigen Zeiten“ hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Tarifabschluss für die im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten bezeichnet. „Die Gehaltssteigerungen, die Corona-Prämie und die Erhöhung der Jahressonderzahlung stabilisieren die Einkommen der Beschäftigten in der Corona-Krise. Das war den Gewerkschaften sehr wichtig, denn die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sorgen während der Pandemie mit ihrer guten Arbeit verlässlich dafür, dass Bund und Kommunen ihre Aufgaben qualifiziert

geleistet“, stellte Tepe fest (Pressemitteilung vom 25. Oktober 2020).

Zwischen respektablem Ergebnis und respektlosem Angebot

Respektlos war nach Frank Werneke das Angebot der „Arbeitgeber“, während der Tarifabschluss für ihn ein dagegen respektables Ergebnis war. In Wirklichkeit handelt es sich um ein mageres Ergebnis, denn im Klartext bedeutet das: „Die „Arbeitgeber“ haben sich von ihrem Angebot bezogen aufs Jahr von 1,2% auf 1,4% bewegt. Sie geben das Gesamtvolumen des Abschlusses mit knapp 5 Milliarden Euro an. Und das Handelsblatt freut sich: „Die Kosten des Abschlusses (...) liegen nur um rund 100 Millionen Euro über der Summe, die die kommunalen Arbeitgeber in ihrem Angebot veranschlagt hatten.“ (vgl. Stellungnahme des Koordinierungskreises der „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften – VKG“ zum

Unsere Jahreskonferenz 2020



Die Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme fand im 50. Jahr des Bestehens unserer Gruppe unter ganz speziellen Bedingungen statt: Nachdem schon im Frühjahr unser traditionelles Seminar im Mai wegen Corona nicht durchgeführt werden konnte, war es auch im Herbst lange Zeit unklar, ob die Jahreskonferenz in Nürnberg, die üblicherweise Ende Oktober stattfindet, überhaupt zustande kommen würde. Immerhin konnten wir im September die Räumlichkeiten, in denen wir in den letzten Jahren tagten, verbindlich für das Wochenende am 10. und 11. Oktober buchen, unter der Einschränkung: „falls sich die Vorschriften bis dahin nicht ändern!“ – kein Wunder bei einer Tagungsstätte, die der Stadt untersteht.

In den Wochen vor der geplanten Tagung sprachen wir uns immer wieder ab, unter welchen Voraussetzungen wir die Tagung durchführen wollten, wenn sich die Bedingungen wieder verschlechtern sollten. Wir waren uns einig, dass wir auf die Tagung mit physischer Anwesenheit der Teilnehmer nicht verzichten wollten, wenn dies irgendwie möglich sein sollte.

Der zweite Punkt im Vorfeld der Tagung betraf den Tatsache, inwieweit die an der Teilnahme Interessierten bereit waren, die persönliche Anwesenheit zu „riskieren“.

Der engere Kern der Gruppe im süddeutschen Raum wollte auf jeden Fall teilnehmen, wenn sich das irgendwie machen ließe.

Wer dann tatsächlich nicht kommen konnte, waren unsere sonst üblichen Teilnehmer aus dem Ausland, d.h. aus Österreich und aus England. Ferner konnte unser Genosse aus Bremen nicht anreisen, zumal sich in den letzten Tagen vor der Konferenz die Corona-Lage dort rapid verschlechtert hatte.

Außerdem konnte diesmal nur ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik teilnehmen, da diese am selben Wochenende zu ihrer RK zusammenkam. Dies war einer unglücklichen Termin-

kollision geschuldet, da intern für uns nur dieses eine Wochenende im Oktober in Frage kam.

Im Endeffekt stellte sich diese Konstellation aber trotzdem als Glücksfall für uns heraus, da an den folgenden Wochenenden im Oktober (und noch mehr in der Folgezeit) ein legales Treffen aufgrund der „Corona-Lage“ und der sich dadurch verschärfenden staatlichen Sicherheitsvorschriften gar nicht mehr möglich gewesen wäre.

Die einzige „Verschärfung“, die uns traf, war dann die Raumauswahl: Wir hatten eigentlich einen Raum für 20 Personen gebucht. Die Anzahl der Teilnehmer in den letzten Jahren war nie wirklich größer gewesen. Zwei Wochen vor der geplanten Konferenz erhielten wir dann die Mitteilung von der Tagungsstätte, dass der gebuchte Raum wegen Verschärfung der Vorschriften nicht mehr für eine solche Personenzahl zur Verfügung stehe. Es stellte sich in der Folge heraus, dass an dem geplanten Termin aber der Große Saal im Haus zur Verfügung stünde, und zwar sei er für höchstens 18 Personen zugelassen (mit den bekannten Abstands- und „Hygiene“-vorschriften). Dies war sozusagen unser „Glück“, weil in normalen Zeiten der Große (und auch der Kleine) Saal von weit größeren Gruppen gebucht wird, die jetzt aber nicht genug Platz hatten.

Nach dieser Vorgeschichte fand also unsere Jahreskonferenz am 10. (und 11.) Oktober wieder in Nürnberg statt, allerdings nur mit insgesamt 12 Teilnehmern.

Es waren anwesend unser engerer Kreis, ein Genosse der Gruppe AGI aus Dorfen und ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik, wie oben schon geschildert, sowie zeitweise ein Genosse der DKP. Eine Genossin, die auch teilnehmen wollte, war kurzfristig erkrankt.

Das zunächst geplante Programm wurde aufgrund der geschilderten Umstände etwas durcheinander geworfen:

So mußte z.B. der ursprünglich vorgesehene Bericht aus Großbri-

tannien entfallen. Auch konnten wir nur am Samstag in der Einrichtung tagen, da diese an Sonntagen wegen Corona nicht öffnen durfte. Wir strafften also unser Programm für den Samstag und wollten uns am Sonntag privat bzw. in einer Gaststätte treffen, um die Folgen der Corona-Krise und andere noch offene Diskussionspunkte bzw. auch organisatorische Fragen zu besprechen.

Pünktlich um 10.30 Uhr begann dann, zunächst mit 11 Teilnehmern, unsere Rumpfkonzferenz. Der 1.TOP war der Bericht unseres Altgenossen zur Lage der Gruppe, inklusive Finanzbericht und Diskussion. Das Referat wird, wie üblich, in dieser Ausgabe abgedruckt.

In der Diskussion wurde auch bekannt, dass (nicht nur) unsere Zeitung von den europäischen Postunternehmen nicht mehr nach Kuba versendet wird bzw. werden darf. Siehe dazu Seite zwei, „Post-Boikott gegen Kuba“

Den 2.TOP Tarifbewegungen in Zeiten von Corona hatten wir unterteilt in 1. Schilderung des Standes der Tarifaueinandersetzungen im Bereich der IG Metall (wird hier in aktualisierter Form abgedruckt), 2. Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Post-Bereich (hierzu drucken wir auf Seite 22 einen Artikel der Arbeiterpolitik nach), sowie 3. Stand der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Da die Ergebnisse derselben inzwischen bekannt sind, wird das betreffende Referat in aktualisierter Form abgedruckt.

Nach der sich anschließenden Diskussion beendeten wir um 13.00 Uhr das Vormittagsprogramm. Wir gingen in der näheren Umgebung zum Mittagessen. (Die Gastronomie war wg. Corona auch geschlossen. Mit Getränken durften wir uns im Tagungssaal immerhin selbst versorgen, nachdem wir gesammelt einmarschiert waren.)

Frisch gestärkt widmeten wir uns am Nachmittag dann dem 3.TOP

Ökologie, Degrowth und Marxismus. Zunächst fasste der Autor der beiden in den letzten Ausgaben Nr. 207 und 208 zu diesem Thema Wachstumsbeschränkung erschienenen Artikel diese und die darin enthaltenen Thesen und Feststellungen – der Wachstumszwang ist im Kapitalismus angelegt – er muß einen „Wert“ schaffen, aber nicht zwangsläufig Gebrauchswert – eine wirkliche ökologische Wende ist nur mit Abschaffung des Kapitalismus möglich... – zusammen. Eine rege Diskussion schloß sich an.

Als letzter und 4.TOP stand dann auf dem Programm das Thema China und der Westen – Stand der Systemkonkurrenz. Es war dies nicht eine Fortsetzung unserer China-Reihe, die sich mit der Entwicklungsgeschichte des Kommunismus in China befasst. Diese ist momentan aber nur unterbrochen! In das Thema führte der Referent anhand von ausführlichen Schilderungen der aktuellen Politik der chinesischen Führung ein und forderte dann die Anwesenden auf, ihren Teil mit ihren Beiträgen zu leisten, um ein deutlicheres Bild in diesem

Komplex zu schaffen. Das Ergebnis dieses Prozesses drucken wir in dieser Nummer ab unter dem „Der nächste Weltkonflikt?“

Zum Ende der Tagung gegen 18.30 führten wir, wie es seit vielen Jahren Tradition ist, wieder unsere Solidaritätssammlung durch. Es bedurfte keiner Diskussion, um festzustellen, dass wir für ein Projekt für Kuba sammeln wollten, das ja momentan Pressionen in fast unvorstellbarem Ausmaß erleiden muß.

Die Sammlung ergab für den kleinen Teilnehmerkreis beachtliche 450 Euro, die wir der deutsch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft überwiesen haben. Wenn wir Näheres wissen, werden wir über den genauen Verwendungszweck informieren.

Wir waren übereingekommen, dass sich der verbliebene Rest am Sonntag Vormittag im Nebenraum der Gaststätte trifft, in der wir uns seit vielen Jahren am Samstag Abend bei und nach dem Abendessen in lockerer Runde wohlfühlen.

Wir besprachen verschiedene organisatorische Probleme, die Folgen

von Corona und wer die Kosten tragen wird. Es entspann sich eine Diskussion über die Lage in Chile sowie die Entwicklung in Bolivien. Des weiteren diskutierten wir über den Niedergang der Linken, Struktur, Lage und Probleme der Linkspartei(en) in Europa, die Rechtsentwicklung und deren Ursachen.

Zusammenfassend dürfen wir feststellen, dass (auch in Anbetracht der Kleinheit der Gruppe), wir es geschafft haben, noch dazu, wenn man die besonderen Umstände berücksichtigt, die dieses Jahr herrschen, eine Tagung erfolgreich durchzuführen, bei der aktuelle Problemstellungen dargestellt und weiterführend aufgearbeitet werden konnten.

Die Diskussionen wurden solidarisch geführt; sie waren weiterführend und befruchtend.

Es ist nur ein kleiner Beitrag, den wir leisten können; aber er ist notwendig, um der Hydra Kapitalismus entgegenzutreten, um zumindest zu versuchen, dass sie siegreich wird, dadurch aber auch die Welt verschlingt.

Zur Lage der Gruppe

Als Antwort auf den vermehrten Rechtsterrorismus erleben wir gegenwärtig eine stärkere Bekämpfung des Rechtsradikalismus in der BRD aus der Gesellschaft und durch Staatsorgane – mag letzteres manchmal auch nur eine Akzentverschiebung bedeuten.

Trotz aufziehender ökonomischer und sozialer Sturmwolken und andererseits der politischen Lethargie breiter Massen ist die deutsche Bourgeoisie bemüht, dass der gegenwärtige Zustand bürgerlicher Demokratie die günstigste Grundlage für ihre erfolgreiche Profitheorie bleibt. Da darf es auch nicht dazu kommen, dass welchen aus der herrschenden Klasse der rechtsradikale „Wachhund“ ins eigene Bein beißt, wie dies in letzter Zeit mehrmals blutig passierte. So viel zum „Aufwachen“ der Merkel-Regierung und des „Verfassungsschutzes“. Etwas autoritärer à la Söder darf es aber wohl sein. Es ist jedenfalls notwendig, dass die antifaschistischen Kräfte weiterhin wachsam und aktiv bleiben und das im breiten politischen Spektrum.

Die Bewegungsfreiheit für linke oder marxistische Gruppen ist nun auch durch die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen weiter eingeschränkt. Den starken Staat hatte man schon vorher markiert, durch Gesetzesverschärfungen, Polizeiwillkür und entsprechende Justizurteile. Wir waren und sind selbst davon betroffen, denn wir mussten unser Mai-Seminar in München ausfallen lassen und haben nun auch für die Jahreskonferenz Schwierigkeiten, auch was die Teilnehmerzahl betrifft. Besuche zur Verteilung der ARSTI, zu politischen Diskussionen mussten gestrichen werden usw. In den Gewerkschaften bleiben zur Zeit viele Büros geschlossen. Außerdem hat es einen Generationswechsel gegeben, wo die bloße Verbands-Interessenvertretung und die Betriebspolitik die politische Haltung und Aktivität noch weiter in den Hintergrund drängen. Ohne neue Bewegung gibt es auch für uns keine Mobilisierung. Die Jugend muss erst einmal durch das Tal der eigene Er-

fahrungen gehen, wenn es wieder vereinzelt Interesse geben soll. Auch in der Gruppe gibt es nun ganz natürlich den Prozess der Überalterung und wir werden immer weniger. Das war in der Geschichte schon öfter so gewesen. Schaut man heute auf die Situation in der Welt, so wäre es schier zum Verzweifeln; ausgehend von der Gewaltpolitik des US-amerikanischen Imperiums, bei Trump oder Biden ist nichts unmöglich, auch nicht ein größerer Krieg, selbst mit „Mini“-Atombomben-Angriffen. In vielen Entwicklungsländern nehmen Armut, Elend und Hunger zu. Die Konflikte und Kriege hören nicht auf, auch sie nehmen zu. Jene, die Völkerrechtsbrüche bei anderen anprangern, begehen sie oft selber. Der „arabische Frühling“ ist ringsum an den alten Machtver-



hältnissen und westlichen Interessen gescheitert. Sogar große Länder, wie Brasilien, Argentinien und andere, die einmal Hoffnungsträger waren, gehen nun einen unheilvollen Weg; auch manche afrikanische Staaten. Wie lange die in Armut lebenden Menschenmassen in Indien, Pakistan oder Indonesien noch stillhalten, wissen wir nicht.

Als politischer Mensch muss man davon ausgehen, dass es immer wieder Unvorhergesehenes geben kann. Jede Analyse, wenn sie gut ist, gibt uns nur das Erkennbare, das Wahrscheinliche wieder. Das ist ein Funken Hoffnung, auch deshalb kämpfen wir weiter. Die Arbeiterklasse ist nicht verschwunden, auch wenn sie in Deutschland geschrumpft ist.

In den Entwicklungsländern, vor allem in Asien und Lateinamerika, sieht es anders aus. Dort überwiegt die Klasse der Besitzlosen, die ihre Arbeitskraft als billige Ware anbieten müssen. Verstärkt durch die Corona Massenseuche, wird Indien von einer historischen Tragödie heimgesucht. Für hunderte Millionen wird die soziale Frage zur Überlebensfrage.

Wir haben immer betont, die Entwicklung einer kommunistischen Partei oder auch einer kleinen Gruppe steht im Zusammenhang mit dem, was sich in der Gesellschaft tut, mit Bewegungen und Regungen; auch wenn sie anfangs oberflächlich sind. Die Folgen der Massenfluchtbewegung von 2015 haben inzwischen an Brisanz verloren und die Pegida-Bewegung hat die alte Stärke eingebüßt. Der Aufstieg der AfD, der damit in Verbindung stand, hat sich entgegen den Erwartungen nicht fortgesetzt und die Richtungskämpfe stürzen die Partei in eine Krise. Die ökologische Bewegung hat weiter Schwung, wenn auch Fridays for Future, schon wegen der Corona-Seuche, zurückgegangen ist. Politisch sind vorerst die Grünen die Gewinner der allgemeinen Entwicklung. Sie könnten zusammen mit der Union die nächste Bundesregierung bilden. Aus diesen Strömungen ergeben sich keine Ansätze für Klassenkämpfe.

Die weltweite Pandemie trifft auf den Beginn einer Weltwirtschaftskrise, die dadurch verstärkt wird und mit technischen Transformationsprozessen schwanger geht. Die Maßnahmen der westlichen Regierungen gegen die Ausbreitung der Seuche haben in

vielen Wirtschaftsbereichen zu großen Umsatzeinbrüchen geführt und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit. Diese gering und politisch im Zaum zu halten, hat die Bundesregierung unter anderem das „Kurzarbeitergeld“ erfunden, wofür große Geldmittel erforderlich waren, die zum Teil von den Versicherten vorher selbst angespart worden waren. Im Haushalt standen plötzlich riesige Geldmittel zur Verfügung, um Firmen und Konzerne vor der Insolvenz zu schützen. Die gigantische Verschuldung wird spätestens im übernächsten Jahr wie ein Bumerang auf die Volksmassen zurückkommen. Die Autoindustrie wurde – zum Teils selbst verschuldet – schon von der Absatz- und Umstellungskrise schwer getroffen. Zehntausende Entlassungen und Auslagerungen sind geplant, sei es bei Siemens, MAN, Conti oder Schäffler. Das wird eine schlechte Ausgangslage für gewerkschaftliche Tarfkämpfe, wie es schon in Baden-Württemberg spürbar ist. Politischer Auftrieb kann dadurch schwer entstehen, da die Masse der lohnabhängig Beschäftigten die Ursachen fälschlicherweise in den Seuchenbedingungen und den technischen und ökologischen Umstellungen zu erkennen glaubt und nicht das kapitalistische System als Verursacher selber in Frage stellt. Es fällt immer schwerer, unter den Gewerkschaftsaktiven und Sekretären für unsere Ideen und für die ARSTI zu werben. Da ist eine ganze Generation junger und fachlich gebildeter Hauptamtlicher entstanden, denen das politische Anliegen oft nicht das wichtigste ist.

Nun konkret zu unserer Arbeit: Trotz der ungünstigen innen- und außenpolitischen Bedingungen haben wir im Berichtsjahr wieder vier Ausgaben der „Arbeiterstimme“ herausgegeben, versenden und verteilen können. Es waren wieder viele Autoren beteiligt, mit längeren und kürzeren Beiträgen, auch von außerhalb unseres Kreises. Als Quartalszeitschrift ist es uns ja nicht immer möglich, Tagesereignisse aus marxistischer Sicht umgehend darzustellen. Vielleicht sollten wir dies aber doch, wie früher, öfter tun. Das ist aber auch eine Sache des Potentials. Wir müssen ja mit weniger Mitstreiterinnen und Mitstreitern immer mehr leisten, auch in praktischer Hinsicht. Unterlassungen und Fehler sind dabei kaum zu vermeiden. Der Zeitmangel

ist auch der Grund, dass die Zusammenarbeit mit der Gruppe „Arbeiterpolitik“ nicht so umfangreich war, wie sie hätte sein können. Es wurden aber mehrmals Artikel von der jeweils anderen Seite übernommen.

Wir hatten in die März-Nummer wie immer einen Überweisungsschein beigelegt und diesmal auch ein Schreiben, wo wir die Leser fragten, ob sie die ARSTI weiter beziehen wollen. Wir freuen uns über die vielen Zuschriften, die wir nur teilweise bearbeiten konnten. Wir haben auch viele Überweisungen erhalten, fast alle über dem Abo-Preis; auch etwas größere waren dabei.

Finanziell sind wir in einen neuen Abschnitt eingetreten, der wesentlich schwieriger geworden ist. Der Isi-Fonds, von dem wir jahrzehntelang zehrten, ist nun aufgebraucht. Die Zeitschrift und andere Ausgaben müssen nun allein von dem bestritten werden, was von den Abonnenten und Spendern eingeht und was die Mitglieder selbst aufbringen. Das wird ziemlich eng werden, zumal die Post ihre Preise rigoros erhöht hat.

Es wird also ein schwieriges Arbeitsjahr und wir sollten darüber diskutieren.

Wie immer: Das **Trotz Alledem** gilt weiterhin für unsere politische und praktische Arbeit!

Anzeige

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bester Tarifabschluss bei der Post seit Jahren

Nachdruck von der Arbeiterpolitik
www.arbeiterpolitik.de



Deutsche Post AG gehört zu den Gewinnern der Pandemiekrise

Während die Beschäftigten vieler Firmen nach den Entscheidungen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie ihre Arbeit einstellen oder einschränken mussten, blieben die Kolleg*innen in den Logistikunternehmen davon unberührt. Die Firmen dieser Branche wurden zu systemrelevanten Betrieben erklärt. Speziell die Deutsche Post AG als Universaldienstleister besaß eine herausgehobene Stellung.

Da in der Zeit des ersten Lockdowns zwischen Mitte März und Mitte Mai ein großer Teil der Geschäfte anfangs geschlossen war und später nur unter restriktiven Bedingungen öffnen konnte, ferner die Mobilität der Bürger stark eingeschränkt war, verlagerten viele den Einkauf von Konsumgütern auf das Internet.

Entsprechend wuchs die Menge der zu transportierenden Pakete, Päckchen und Großbriefe, so dass die Post in den Paketzentren an ihre Bearbeitungsgrenzen stieß. Einen Teil des Aufkommens, besonders die kleinformigen Pakete, ließ sie in den Briefzentren sortieren. Diese hatten durch den pandemiebedingten Rückgang des Briefaufkommens Kapazitäten frei. In der Zustellung füllten die Pakete die Lücken, die durch den Rückgang der Brief- und Dialogpostsendungen entstanden waren.

Der Boom an Paketsendungen kam derart überraschend, dass es der Post nicht gelang, ausreichend Personal einzustellen. Viele Kolleg*innen der Stammbeschaftigten leisteten deshalb Überstunden. Etwas Erleichterung verschaffte in der Zustellung lediglich der Wegfall der Annahme-

Das hat es schon lange nicht mehr gegeben. Der Fachbereich 10 in ver.di, der die Beschäftigten des Brief- und Paketsektors organisiert und dessen Mitglieder überwiegend bei der Deutschen Post AG arbeiten, schloss in diesem Jahr einen Tarifvertrag ab, der unter den bisher bekannten gewerkschaftlichen Abschlüssen des Jahres die höchsten Lohnsteigerungen aufwies.

Die letzten Jahre hatte es bei der Post eine Abwärtsbewegung bei den Löhnen und sonstigen Leistungen gegeben. Tarifliche und nichttarifliche Pausenzeiten wurden gekürzt, in der Regel befristet, aber in jeder folgenden Tarifrunde erneut bestätigt. Das Recht auf zwei freie Tage im Jahr, das im Zuge der Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung auf 35 Std. die Woche eingeführt worden war, wurde in Tarifvereinbarungen ständig ausgesetzt. In den letzten Jahren gab es zwei Nullrunden und Lohnabschlüsse, die selten die Inflationsrate überstiegen. Das Statistische Bundesamt stellte dazu jüngst fest, dass zwischen 2010 und 2020 die Löhne der Paketzusteller um 10 %-Punkte gegenüber der Einkommensentwicklung anderer Beschäftigtengruppen zurückgeblieben seien. Dabei kamen die Beschäftigten

mit langjährigen Arbeitsverträgen noch recht gut weg.

In der letzten Tarifrunde 2018 hatte die Gewerkschaft die Reintegration der 2015 nach einer harten Tarifauseinandersetzung ausgegründeten Delivery¹ mit gravierenden Einbußen bei den Tariflöhnen bezahlt. So wurde dauerhaft die Gruppenstufe 0 eingeführt, die etwa 4 % unter der bisherigen Eingangsstufe 1 liegt². Und das Erreichen der jeweils nächst höheren Stufe wurde von zwei auf vier Jahre gestreckt. Die Anforderungen für den Erhalt des Weihnachtsgeldes wurden so verändert, dass befristete Beschäftigte es kaum mehr bekommen können, nicht einmal anteilig. Die Einsparungen für die Post summieren sich bei einem Zusteller nach einer fünfundzwanzigjährigen Beschäftigungszeit auf über zwei Jahresgehälter, geht man von seinem Einkommen nach Erreichung der obersten Gruppenstufe aus³.

Wie kam es dazu, dass 2020 alles anders war?

1– Vgl. Arpo 3/4-2015

2– Bei der Post sind die einzelnen Entgeltgruppen in fünf bis acht Gruppenstufen unterteilt. Nach Ablauf von jeweils zwei Jahren kommt der Beschäftigte automatisch eine Gruppenstufe höher. Bei einem Zusteller macht dies jeweils eine Erhöhung von etwa 75 € monatlich aus.

3– Vgl. Arpo 2/3-2018

bestätigung von Paketen durch die Kund*innen.

Schon im zweiten Quartal des laufenden Jahres konnte die Post ihre Gewinne erheblich steigern. Im dritten Quartal übertraf sie ihre schon optimistischen Erwartungen deutlich. Beste Voraussetzungen also, für eine erfolgreiche Tarifrunde.

Ungewöhnlicher Verlauf

Der letzte Tarifabschluss zum Lohn wurde 2018 vereinbart. Er enthielt eine Stufenvereinbarung. Die letzte Erhöhung trat Anfang Oktober 2019 in Kraft. Mit ihr wurden die Löhne um 2,1 % angehoben.

Ver.di hatte ursprünglich vor, die Tarifverträge fristgerecht Ende Mai 2020 zu kündigen und ausschließlich Forderungen zur Erhöhung der Löhne aufzustellen. Doch Corona verwarf diesen Zeitplan. Weder konnte eine breit angelegte Diskussion unter den Mitgliedern zur Aufstellung eines Forderungskataloges organisiert werden, noch war zu erwarten, dass die Beschäftigten zu Streikmaßnahmen bereit waren. Sie hatten in diesen Monaten mit der Bewältigung ihres aufreibenden Alltags genug zu tun, der vom stressigen Einkauf bis zur zeitaufwendigen Betreuung der älteren wie jüngeren Familienmitglieder reichte. Für den Fachbereich war die Verschiebung der Tarifrunde kein Beinbruch, da bei der unterjährigen Laufzeit der letzten Lohnerhöhung bei einem Abschluss sowieso einige Nullmonate hätten hingenommen werden müssen.

Nach der Rücknahme vieler Maßnahmen des Lockdowns entspannte sich die Alltagssituation der Beschäftigten. Ver.di nahm seinen Fahrplan vom Frühjahr wieder auf, kündigte die Lohn tariffverträge zum 31. 8. 2020, organisierte eine Mitgliederbefragung, die eine Lohnforderung von 5,5 % für ein Jahr ergab und vereinbarte mit dem Arbeitgeber drei Verhandlungsrunden.

Ver.di mobilisiert die Belegschaften

Nachdem auf dem ersten Treffen am 28. August zwischen ver.di und der Post wie üblich nur die Forderungen des Fachbereiches vorgestellt und dann vom Arbeitgeber als über-

zogen zurückgewiesen wurden, ging es in der zweiten Runde am 3. und 4. September zur Sache.

Die Post versuchte mit Händen und Füßen eine lineare Erhöhung der Tarife zu verhindern. Sie schlug alternative Modelle vor, die zu Lasten der Alt-Beschäftigten gegangen wären oder über tabellenunwirksame größere Einmalzahlungen die Belastungen für das Unternehmen allein auf das laufende Jahr beschränkt hätten. Nach dem ver.di diese Vorschläge kategorisch abgelehnt hatte, ließ die Post am Ende der Verhandlungsrunde durchblicken, dass sie zu einer Erhöhung der Tariflöhne um 1,5 % bereit wäre.

Ver.di schäumte ob dieser Zustimmung. Die außergewöhnlich gute wirtschaftliche Verfassung des Unternehmens spiegelte sich darin nicht annähernd wider und es trage den Belastungen, die die Kolleg*innen in den letzten Monaten durch die extrem angespannte betriebliche Situation zu ertragen hatten, nicht im Ansatz Rechnung. Die Gewerkschaft entschloss sich, bundesweit zu Streiks in allen Betriebsbereichen aufzurufen. Sie traf mit dieser Entscheidung bei den Beschäftigten auf freudige Zustimmung.

Lediglich die Kolleg*innen in den Briefzentren blieben reserviert. Ihnen steckt noch die Niederlage von 2015 in den Knochen. Damals waren sie kampfbereit, mussten aber zusehen, wie befristet Beschäftigte, Abrufrkräfte und Neueingestellte ihre Arbeit übernahmen und den Streik unterliefen. Ver.di wirkte gegenüber diesem Vorgehen des Arbeitgebers komplett hilflos und hat bis heute auf die Frage, wie zukünftig in den Briefzentren über symbolische Arbeitsniederlegungen hinaus effektiv gestreikt werden kann, keine Antwort geliefert. Immerhin folgten nahezu alle Gewerkschaftsmitglieder dem Aufruf zur Arbeitsniederlegung.

Deutlich besser aufgestellt waren die Zustellstützpunkte. Dies überraschte ein wenig, weil es bisher von wenigen Ausnahmen abgesehen schwierig war, die Briefzusteller in einen Tarifkampf einzubeziehen. Die örtlichen Streikleitungen hatten diesmal keine Mühe, die Mitglieder zum Warnstreik zu motivieren. Sie erreichten auch viele Kolleg*innen an, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind.

Das treibende Motiv für die Zusteller*innen war, dass sie die aktuellen Verhältnisse in den Zustellstützpunkten als unerträglich empfanden und ein Zeichen setzen wollten. Ständige Unterbesetzung, täglich Arbeit am Limit, bestimmten seit Monaten ihren Arbeitsalltag. Es kam hinzu, dass durch die Verlagerung der kleinformatischen Pakete in die Brief- und Verbundzustellung der Arbeitsaufwand enorm gestiegen war. Die Fächer in den Sortierschränken waren für die neuen Sendungsformate nicht ausgelegt, so dass eine angemessene Vorbereitung der Zustelltour nicht geleistet werden konnte. Die Kapazität der Fahrräder reichte nicht aus, um große Mengen volumenhaltiger Sendungen zu transportieren und die Ablagekästen waren für die großformatigen Sendungen zu klein. Auch die Zustellung selbst war deutlich mühsamer geworden, weil viele Sendungen nicht mehr in die Briefkästen passten und so erhöhte Laufwege zu den Haustüren anfielen oder zeitaufwendig Benachrichtigungszettel geschrieben werden mussten. Hinzu kam, dass die Post im Moment das Projekt „Gangfolge für alle“ umsetzt. Es hat wegen der maschinellen Vorsortierung auf die Steckfolge größerer Briefkastenanlagen zu einer drastischen Reduzierung der Vorbereitungszeiten in den Zustellstützpunkten geführt.

Wie erwartet reagierten die Kolleg*innen aus dem Paketbereich. Hier war die Luft wegen der unaufhörlich steigenden Paketmengen und des dramatischen Personalmangels zum Zerreißen gespannt.

Zügiger Abschluss

Ver.di konnte selbstbewusst in die letzte Verhandlungsrunde am 21. und 22. September gehen. Es gab noch ein wenig Hin und Her bei der Konkretisierung eines Angebotes. Doch schließlich lag es vor: Am 1. Januar 2021 gibt es eine Lohnerhöhung von 3,0 % und am 1. Januar 2022 eine weitere von 2,0 %. Die drei Null Monate des Jahres 2020 werden mit einer steuer- und abgabenfreien, allerdings tabellenunwirksamen Einmalprämie von 300 Euro für alle ausgeglichen, die arbeitsvertraglich mit mindestens der Hälfte der Wochenarbeitszeit für Vollzeitkräfte in Höhe von 38,5 Std.

beschäftigt sind⁴. Damit wurde der Spielraum genutzt, den die Bundesregierung für die Vergabe von Anerkennungsprämien für Beschäftigte geschaffen hatte, die in Zeiten des Lockdowns starken Belastungen ausgesetzt waren⁵.

Weil ver.di nur einen Abschluss mit einer Laufzeit von zwölf Monaten vereinbaren wollte, die Post aber auf mindestens zwei Jahren bestand, wurde als Ausgleich für ein Zugeständnis der Gewerkschaft der Schutz vor betriebsbedingten Änderungs- und Beendigungskündigungen bis zum Ende des Jahres 2023 verlängert. Der Schutz vor Fremdvergabe von Zustellbezirken und die Verpflichtung der Post zur Eigenbeschäftigung von 2.600 Fahrern wurde bis zum 31. Dezember 2021 ausgeweitet.

Die Beamten bekamen ihre Sonderzahlung bis Ende 2022 zugesagt, die als Ausgleich für das bei den Bundesbeamten weggefallene und dann 2013 wieder in die Monatsbesoldung eingepflegte Weihnachtsgeld von der Post gezahlt wird. Auch die Vergütung für die Auszubildenden und die Dual-Studierenden wurde angehoben. Die Entlastungszeit, bei der seit 2018 auf die jeweilige Lohnerhöhung zugunsten von Freizeitanträgen verzichtet werden kann, beträgt unter Einrechnung der Tarifierhöhungen 2020 und 2021 zukünftig max. 202,91 Std. im Jahr.

In der großen Tarifkommission gab es für den Abschluss viel Anerkennung. Die Annahme erfolgte einstimmig. Kritisch wurde diskutiert, dass ver.di die Mitglieder nicht zu der Vereinbarung befragen wollte. Wenn sie schon an der Aufstellung der Tarifforderung beteiligt werden, müssten sie auch über das Ergebnis abstimmen können, meinten mehrere Mitglieder des Gremiums.

Anerkennung von den Kolleg*innen

Unter den Mitgliedern wurde der Tarifabschluss wohlwollend aufgenommen und als Ergebnis ihrer Streikbereitschaft gewertet. Angesichts der durch die Pandemie bestimmten Rahmenbedingungen wäre ein längerer

Streik für die Durchsetzung einer größeren Erhöhung der Tariflöhne kaum möglich gewesen.

In diesem Punkt trafen sich die Kolleg*innen mit der Einschätzung der Gewerkschaft. Ver.di war froh, dass sie keinen längeren Tarifkampf führen musste. Dieser hätte in der Presse zu einer Vielzahl von Kommentaren mit dem Tenor geführt, ver.di gefährde durch Streikansammlungen die Gesundheit der Beschäftigten und nutze die privilegierte Stellung des Unternehmens als systemrelevanter Betrieb aus. Auch die Arbeitgeber waren erleichtert, einen Tarifkonflikt vermeiden zu haben. Der hätte zu einer Unterbrechung der aktuell außergewöhnlich guten Geschäfte geführt und Konkurrenten wie Amazon erhebliche Vorteile gebracht.

Bewertung

Nicht wenige Kolleg*innen hoffen jetzt, dass die Gewerkschaft wieder an ihre relativ erfolgreich Politik der 70er und 80er Jahre anknüpfen wird. Doch selbst wenn sie dies wirklich vorhätte, müsste sie zunächst einmal einige Baustellen auflösen, die sie in den letzten Jahren geschaffen hatte.

So hätte sie sich endlich zu verständigen wie sie gegen die wachsende Zahl der befristet Beschäftigten und der sog. Abrufkräfte vorgehen will.

Der wachsender Anteil der prekär Beschäftigten bei der Post schwächt die betriebliche Basis des Fachbereiches und im Streikfall seine Kampfkraft. Zu einem Hindernis für die Gewinnung neuer Mitglieder ist auch geworden, dass durch die Absenkung der Löhne in den ersten Jahren des Beschäftigungsverhältnisses die Fluktuation des Personals deutlich zugenommen hat. In einigen der größeren Niederlassungen bewegt sich der Organisationsgrad auf die 50 % zu.

In den letzten Jahren hat der Fachbereich den Charakter einer Betriebsrätegewerkschaft angenommen. Das Arrangement mit dem jeweiligen Niederlassungsleiter ist für die meisten Betriebsräte wichtiger, als die konsequente Vertretung gewerkschaftlicher Positionen. Entsprechendes lässt sich auch über die Arbeit des Gesamtbetriebsrates und des Konzernbetriebsrates sagen.

triedrates und des Konzernbetriebsrates sagen.

Zu einem Hemmnis für die Ausrichtung der örtlichen Betriebsräte an gewerkschaftlichen Fragestellungen hat sich in den letzten Jahren der Umstand entwickelt, dass viele BR-Vorsitzende nicht mehr nach Tarifvertrag bezahlt werden, sondern nach den für Führungskräfte geltenden Maßstäben entlohnt werden. Diese Möglichkeit hatte die Post vor einigen Jahre unter stillschweigender Hinnahme der Gewerkschaft eröffnet. Sind schon die Kriterien für die Einstufung von Betriebsräten in diese Gehaltsstruktur kaum nachvollziehbar, so sind die spezifischen Gründe für die Zahlung von Boni oder sonstigen hinter verschlossenen Türen abgesprochenen Zuwendungen, dies erst recht.

Bei all diesen Punkten ist derzeit nicht erkennbar, dass sich in der Gewerkschaft etwas bewegt. So lässt sich als Fazit aus der diesjährigen Tarifrunde nur ziehen, dass das Ergebnis allein glücklichen Umständen zu verdanken ist. Bis auf Weiteres wird sich nichts grundsätzlich an der Gewerkschaftspolitik bei der Post ändern. Eine andere Orientierung kann es erst geben, wenn sich Kolleg*innen engagieren, die nicht primär auf Posten in den Gremien schielen.

H.B., 02.12.2020

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

4– Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit unter 19,25 Std. erhalten 150 €

5– Bereits im August hatte die Post für alle Beschäftigte des Konzerns eine Anerkennungsprämie in Höhe von 300 € gezahlt.

Der nächste Weltkonflikt?

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den entwickelten Ländern des Westens und der VR China

Wenige weltpolitische Themen werden gegenwärtig so intensiv besprochen wie die Beziehungen zwischen „dem Westen“ und China. Und wenige Themen sind so vielschichtig besetzt. In dieser Darstellung sollen die Konfliktlinien aufgezeigt und geordnet werden, so dass die Ursachen für die Auseinandersetzungen zu erkennen sind. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben, eine Prognose zum weiteren Verlauf wird nicht gestellt. Dazu ist die Situation noch zu wenig gefestigt, die Folgewirkungen sind unklar und enthalten viele Unwägbarkeiten. Vor allem ist, schon jetzt im Vorfeld der Darlegung, davor zu warnen, den Konflikt, besser: die Konflikte, als den Beweis eines Systemkampfes, als

litärisch potenten Akteuren im weltweiten Maßstab erkennbar wird.

Der Ausgangspunkt

Ursache der erkennbaren Verschärfung in den Auseinandersetzungen zwischen – verkürzt gesagt – dem Westen und China ist die chinesische Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte. Wenige Jahre nach dem Tod Maos 1976 beschließt die KP, die Wirtschaftsstrukturen des Landes genauso wie die bisherigen Grundlagen der Gesellschaft radikal zu verändern. Keine Reform war angedacht, sondern ein Kurswechsel, der tief in das Zusammenleben der Menschen eingreifen sollte. Die Zahlen aus der Tabelle für das Jahr 1982 spiegeln die Situation der Volksrepu-

allerdings schon den Weg eingeschlagen hat, die Bedeutung der Industrieproduktion zu verringern.

Fast zwanzig Jahre später hat sich China deutlich verändert. Die Industrie ist mit sehr großem Abstand zum wichtigsten Faktor der Wertschöpfung geworden. Die Produktivität der industriellen Fertigung übertrifft die anderen Sektoren bei weitem. Doch arbeitet die Hälfte der Erwerbstätigen noch immer in der Landwirtschaft.

2001 wird die Volksrepublik in die Welthandelsorganisation aufgenommen. Dieser Schritt ist im Westen, aber auch in China umstritten. In der Volksrepublik müssen Gesetze, Regelungen und Normen an die Bestimmungen der WTO angepasst werden. Die Befürchtungen, damit die Wirtschaftsordnung dem bestehenden

Wirtschaftsvergleich Volksrepublik China-USA

		1982	1999	2009	2019
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden US-Dollar	VR China	303	991	4900	14140
	USA	3047	8709	14256	21440
BIP Verhältnis VR China/USA		ca. 10 %	ca. 11,5 %	ca. 34,5 %	ca. 66 %
Anteil am BIP LW/IND./DL in %	VR China	37/41/k.A.	17/50/33	11/47/43	7,4/39,2/53,4
	USA	3/33/k.A.	1,6/25,2/73,2	1/18/81	keine Angabe
Beschäftigungsrate LW/IND./DL in %	VR China	69/19/k.A.	49,8/23,5/26,7	keine Angabe	keine Angabe
	USA	2/32/ k.A.	2,6/23,3/74,2	1,4/21/78	keine Angabe

Angaben nach Fischer Weltalmanach 1986, 2001, 2011, Germany Trade & Invest Wirtschaftsdaten kompakt China (Mai 2020), Wirtschaftskammer Österreich Länderprofil USA (April 2020)
Abkürzungen LW: Landwirtschaft, IND: Industrie, DL: Dienstleistungen

Beleg des Abstiegs einer Weltmacht oder gar des Aufstiegs einer neuen Supermacht zu sehen. Die genannten Einschränkungen verbieten eine solche Interpretation, zumal damit der Weg zur Analyse eher verbaut als geebnet wird.

Dem Verfasser ist bei der Recherchearbeit deutlich geworden: jeder angesprochene Aspekt kann wesentlich tiefer ausgeleuchtet werden, als dies in diesem Rahmen möglich und sinnvoll ist. Es ging deshalb darum, die Verkürzungen so zu formulieren und miteinander zu verknüpfen, dass das Wesen der Auseinandersetzung von wirtschaftlich, politisch und mi-

blik am Beginn dieser Veränderung wider. Das niedrige Bruttoinlandsprodukt, das einem rechnerischen Pro-Kopf-BIP von 290 Dollar im Jahr entspricht, weist auf die Verhältnisse eines typischen Entwicklungslandes hin. Entscheidender als die niedrige Produktivität sind noch die Angaben zur Beschäftigung. Fast 70 % der Arbeitenden leben in und von der Landwirtschaft, nur 20 % umfasst die Industriearbeiterschaft. Ein dritter Sektor bleibt marginal. Bei der Wertschöpfung kehrt sich das Verhältnis beinahe um. Die parallelen Angaben zu den USA zeigen ein hoch entwickeltes Industrieland dieser Jahre, das

neoliberalen Regelwerk unterzuordnen, somit noch erpressbarer zu werden und unkontrollierbare Verwerfungen im Sozialgefüge auszulösen, stehen gegen die Erwartung, dass die Märkte der Welt, vorzugsweise des entwickelten Westens, geöffnet sind. Die Exportindustrie drängt auf diesen Schritt, damit der Umbau der chinesischen Wirtschaft, ebenso wie der der chinesischen Gesellschaft, an Fahrt gewinnt.

Im ersten Jahrzehnt der Mitgliedschaft verfünffacht sich, angetrieben vom internationalen Handel, das nationale BIP, der Anteil der Landwirtschaft sinkt deutlich, der tertiäre

Sektor entwickelt sich mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten.

Diese Entwicklungen setzen sich nach 2011 bis 2019 rasant fort. Bis zur Mitgliedschaft in der WTO bewegten sich die chinesischen Wachstumsraten im Rahmen des Wachstums der Vereinigten Staaten, in den Folgejahren gewinnen sie aber eine außerordentliche Dynamik. Das BIP der Volksrepublik lag 1999 noch bei ca. 11,5 % des BIP der USA und hatte sich, verglichen mit den Zahlen für 1982, nicht substanziell erhöht. 2009 liegt die Vergleichsziffer bei 34,5 %, 2019 sogar bei 66 % der US-Wirtschaftszahlen. Die chinesische Wirtschaft profitiert eindeutig von der Liberalisierung des Weltmarktes. Deren Marktanteile sind, gerade weil sie auf kapitalistischer Grundlage fußt, gewachsen. Aus diesem Grund wird die chinesische Politik zum Verteidiger des Freihandels und der liberalisierten Handelsordnung.

Nebenbei: Damit gibt es ein gemeinsames Interesse mit anderen Profiteuren des Systems, speziell der Bundesrepublik, während etwa das Kernland des Kapitalismus, die USA, wie bekannt, heftig gegen die Handelsungleichgewichte auftritt. Die breitflächigen Strafzölle durch die US-Regierung gegen die Volksrepublik und in geringerem Maße auch gegen Europa sorgen für „Turbulenzen“ und „Verstimmungen“, wie das die hiesigen Medien gerne bezeichnen.

Die chinesische Strategie

Man kann diesen Aufholprozess als Erfolgsgeschichte werten. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass diese Entwicklung höchst gefährdet ist, wenn die Grundlagen des Erfolgs nicht gegen mögliche Gegenmaßnahmen abgesichert werden. Motor der chinesischen Wirtschaft war der Export. Das Ziel bestand in hohen Bilanzüberschüssen, die weitere Investitionen befeuern konnten. Das chinesische Exportvolumen hatte jetzt eine Größenordnung erreicht, die von den USA oder der EU ernst genommen wurde. China war ein Konkurrent auf Augenhöhe geworden.

Diese Erkenntnis veranlasst die chinesische Regierung im letzten Jahrzehnt zu neuartigen und spektakulären Initiativen.

Weil das Lohnniveau in den exportorientierten und technologisch hochwertigen Firmen der Volksrepublik gestiegen ist und weiter steigen wird, wird die Warenproduktion mit einem höheren Anteil an manueller Arbeit in Billiglohngebiete ausgelagert. Die Qualifikation der Arbeiterklasse wird immer wichtiger, schließlich soll die Fertigung in den Leitbranchen Elektronik und Kommunikation auf der Wertschöpfungsleiter nach oben steigen. Schlüsseltechnologie soll nicht nur verbaut, sondern entwickelt und auf den Weltmarkt gebracht werden. Nur so kann

USA im genannten Zeitraum von 37 auf 29 Prozent, diejenigen der EU von 27 auf 22 Prozent ab (BRD: leichte Abnahme von 7,5% auf 6,5%; aus: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2015).

Zwei Jahre zuvor, 2013, verkündete der chinesische Staatspräsident Xi Jinping die Absicht seines Landes, Transport- und Infrastrukturinvestitionen auf mehreren Kontinenten zu tätigen, und lud alle potenziellen Investoren, Staaten wie Konzerne, dazu ein, an diesem Geschäft teilzuhaben. Die „One Belt, One Road-Initiative“ (BRI, „Die neue Seidenstraße“, dt.)



die Abhängigkeit von technisch unverzichtbarer Zulieferung verringert werden. Die Querelen der letzten Monate um Huawei machen die Gefahren deutlich.

Mit Hilfe des auf zehn Jahre projektierten Planes „Made in China 2025“, der vom Staatsrat 2015 aufgelegt wurde, strebt das Land eine Spitzenstellung in zehn Zukunftssparten an. Der technologische Durchbruch ist notwendig, um die Rolle als verlängerte Werkbank der Welt hinter sich zu lassen und damit die „Mittelstandsfalle“, das bedeutet das zwangsläufige Verharren im mittleren Teil der Fertigung auf Dauer, zu überwinden. Erst die technischen Spitzenfähigkeiten ermöglichen ein gleichberechtigtes Auftreten bei den westlichen Konkurrenten.

Nach Angaben der OECD stieg zwischen 2003 und 2013 der Anteil der Volksrepublik an den weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 7 auf 21 Prozent an. Dagegen nahmen die Anteile der

wurde von Beginn an von chinesischer Seite ausgestattet mit einem bis zur Corona-Krise kaum vorstellbaren Finanzrahmen von über 1000 Milliarden Dollar, die mindestens eine weitere Billion Dollar an nichtchinesischen Investitionen auslösen soll.

Die von der Volksrepublik zu diesem Zweck gegründete Asiatische Infrastrukturbank (AIB) stellt, ebenso wie die chinesisch dominierte Bank der BRICS-Staaten, ein Kreditvolumen von je deutlich über 100 Milliarden Dollar zur Verfügung. Dass dies keine bloßen Versprechungen für die Zukunft sind, zeigt, dass nach Schätzungen seit 2013 über 200 Milliarden Dollar an Krediten im Zusammenhang mit der BRI ausgereicht wurden. Diese gewaltigen Finanzmittel speisen sich aus einer steigenden Binnenverschuldung, mehr noch aber aus einem Auslandsvermögen Chinas, das 2018 eine Größenordnung von 3 Billionen Euro erreicht hatte. Damit übertreffen die Guthaben die chinesischen Verbindlichkeiten im

Ausland bei weitem. Etwa ein Drittel dieses Vermögens hält China in US-Staatsanleihen, als zweitgrößter ausländischer Gläubiger nach Japan. Dieses Kapital sucht nach Rendite, zumal die chinesischen Direktinvestitionen in USA und der EU deutlichen Restriktionen unterliegen. Das Gezerre um die Übernahme der Unternehmen Kuka in Augsburg ist nur ein Beispiel. So war eine der größten Sorgen der Bundesregierung 2020, zu Beginn der Lock down-Maßnahmen im Frühjahr, dass China den Wirtschaftseinbruch in der BRD zu (unterstellt böswilligen) Technologieübernahmen durch den Erwerb einschlägig aufgestellter Firmen nutzt. Ein schnelles Gesetz dagegen musste her.

Die existierenden Zahlen vermitteln einen anderen Eindruck: nach Angaben aus dem Jahr 2017 erreichen chinesische Investitionen in der BRD eine Höhe von 3,3 Milliarden Euro, während bundesdeutsche Konzerne in China 81 Milliarden angelegt haben, bald das 25-fache.

Als strategisch notwendig wird von der chinesischen Regierung erachtet, das Handelsrisiko, das jenseits der Statuten der WTO existiert, dadurch einzudämmen, dass die Beziehungen mit anderen Ländern und Wirtschaftsräumen diversifiziert werden. Selbst wenn diese Räume erst entwickelt werden müssen.

Dazu kommt die Verwundbarkeit durch die Meeresroute, die nach möglichen, perspektivisch noch zu entwickelnden Alternativen über Land suchen lässt.

Der Wirtschaftskonflikt

Wer erinnert sich nicht an die hierzulande mit viel Eigenlob und Schadenfreude geführte Debatte über „unsere“ Handelsbilanzüberschüsse? Griechenland sollte sogar seine Urlaubsinself in Zahlung geben, um seine Bilanz aufzuhübschen. Die deutsche Politik wie der sich über die fremdländische „Faulheit“ erregende Teil der Bevölkerung feixten jedenfalls darüber, bevor den Südeuropäern die Daumenschrauben festgezogen wurden.

Das waren die guten Überschüsse, weil es die „unseren“ waren.

Die bösen und betrügerischen Überschüsse, die auf mangelnder „Fairness“ beruhen, die haben die

Chinesen. So jedenfalls lautet der Vorwurf aus den USA, der inzwischen weitere Kreise gezogen hat.

Handelsungleichgewichte haben ihre Ursachen im Grad der Entwicklung eines Landes, im Stand der Güterproduktion, in der Kalkulation der Hersteller, in der Bedeutung der Waren für die Importeure und damit in der Macht derjenigen, die entsprechende Preise durchsetzen können. Nach fair oder unfair wird dabei ebenso wenig gehandelt wie nach gerecht oder ungerecht. Das sind die Regeln, welche die großen Wirtschaftsblöcke für sich und alle anderen gesetzt haben.

Erst seitdem China zum beachtenswerten Konkurrenten geworden ist, mäkeln die USA und inzwischen auch die EU an den Handelsbestimmungen, ebenso am Schlichtungs- und Strafverfahren der WTO herum, die unbedingt „reformiert“ werden müssten. Sie würden der veränderten Praxis nicht mehr gerecht.

Das Kalkül des Westens, der mit der WTO-Mitgliedschaft der Volksrepublik dem sozialdemokratischen Muster des Wandels durch Annäherung folgte, war nicht aufgegangen. Eine nach kapitalistischen Maßstäben erfolgreiche Wirtschaft beseitigt offenbar nicht zwangsläufig eine sozialistisch legitimierte Regierung mit dem Führungsanspruch der KP. Das hätte man gerne anders gesehen, aber es gab keine Implosion des chinesischen Systems. Und vor allem: es ist auch keine „Demokratisierung“ in Sicht, weder ein chinesischer Gorbatschow noch ein Jelzin.

Der Westen vermag aber weitere Register zu ziehen. Die primitivsten, aber auf Dauer gesehen durchaus wirksame Begleitmittel hat in den letzten vier Jahren die US-Regierung eingesetzt. Sie verhängte einseitig Zölle in jederzeit steigerbarer Höhe, anwendbar auf beliebige Produkte, die aus der Volksrepublik bezogen wurden. Die WTO, deren Grundlagen damit schwer erschüttert waren, sah dem Treiben zu.

Mit der engen Verflechtung der beiden nationalen Wirtschaften allerdings haben Zölle und Gegenzölle eine begrenzte Wirkung, vor allem kurzfristig. So zeigt sich die Handelsbilanz USA – China recht stabil. Von 2009 bis 2014 betrug das US-Defizit im Jahresdurchschnitt 234 Milliarden

Dollar, von 2015 bis 2019 erreichte dieses Defizit jahresdurchschnittlich 460 Milliarden. Allein 2019 wies es 422 Milliarden Dollar aus, mehr als das Doppelte des gesamten Handelsvolumens China – BRD.

Chinesische Firmen aus den westlichen Märkten auszuschließen und dabei geltende Verträge zu brechen, so wie dies unter anderem mit Huawei vorexerziert wird, hebt den Konflikt auf die nächst höhere Stufe. Die Begründung kann nicht fadenscheinig genug sein. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Datenkraken von Facebook und Co. mit ihren Milliarden von Kundendatenlieferanten. Ein Bollwerk gegen den Datenhunger der diversen Dienste aller Westregierungen stellen sie nicht gerade dar.

Gefährlich für die chinesischen Wettbewerber ist dabei, dass sie aus einem Zukunftsmarkt gedrängt werden sollen. Die Zulieferungen für die chinesische Handyproduktion werden limitiert oder sogar eingestellt, gerichtliche Klagen dagegen sind, wenn nicht zwecklos, so zumindest unübersichtlich und zeitaufwändig. Darüber hinaus ist der Erpressung Tür und Tor geöffnet, wie das Beispiel Tiktok vor Augen führt. Ein kommerziell erfolgreiches und technologisch bisher nicht erreichtes Produkt wird von der US-Regierung in ihrem erweiterten Herrschaftsbereich einfach verboten, sollte die Herstellerfirma die Rechte an interessierte US-Konkurrenten nicht verkaufen.

Man mag solche und ähnliche Übergriffe beklagen und die westlichen Vorwürfe des „unfairen Handels“ und des „ungleichen Marktzugangs“ mit Recht zurückweisen. Tatsache ist jedoch, dass diejenigen, die die Regeln aufgestellt haben, dies immer noch tun. Im anderen Fall würden diese Organisationen, wie z.B. die WTO, zuerst desavouiert, dann zerstört werden.

Der strategische Konflikt

Die Neue Seidenstraßen-Idee entstammt ursprünglich der Obama-Administration. Allerdings diente sie dieser nur dazu, einen Ring um China herum zu organisieren. Vor allem asiatische Länder sollten näher an die USA herangeführt werden. Geld sollte für diese Anstrengungen

aber hauptsächlich im militärischen Sektor fließen, das genüge den Umworbenen nicht.

Seitdem die Volksrepublik selbst, auf anderer Grundlage, das Projekt auflegte und finanzierte, gibt es den westlichen Einwand von USA und der EU gemeinsam, China locke die Kredit nehmenden Länder in die Schuldenfalle und lasse sich Kreditausfälle mit dem Zugriff auf das jeweilige „Tafelsilber“ absichern. Abgesehen davon, dass die Rückzahlungsquoten bei den Krediten bisher kaum Grund zur Beunruhigung geben und notleidende Kredite die Ausnahme darstellen, sollten sich die Trägerstaaten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds mit ihren Vorwürfen eher zurückhalten. Was die Unterwerfung von säumigen Zahlern und die Einmischung in deren innere Verhältnisse betrifft, macht dem Westen schließlich so schnell keiner etwas vor. Ein wichtiges Anliegen von EU und den USA ist auch, die Versuche Chinas in Misskredit zu bringen, eigene politische und ökonomische Formate und Institutionen für den Umgang mit Partnerländern zu etablieren. Denn damit würde der Einfluss des Westens auf viele wenig entwickelte Länder sinken, wenn diese eine Entwicklungs- und Finanzierungsalternative erhalten.

Die ideologische Begleitung des Konflikts

Dieser Faktor ist für die westlichen Staaten deshalb von Bedeutung, weil er dazu dient, die eigenen Reihen kostengünstig zu schließen. Der Verweis auf die chinesischen Verletzungen der Menschenrechte ist wohlfeil, schließlich unterscheiden sich die gesellschaftlichen Grundlagen im Westen deutlich von denen in China. Dies ist nicht zu bestreiten, ermöglicht aber andauernde Vorhaltungen. Damit wird die chinesische Politik Tibet und Xinjiang betreffend weder gerechtfertigt noch gut geheiß. Es würde darum gehen, den Umgang mit und in diesen Gebieten erst einmal zu verstehen, bevor er bewertet wird. Offensichtlich geht es darum aber zuletzt, wichtig allein sind die Vorwürfe. Auf dieser Grundlage existiert die „Wertegemeinschaft des Westens“ (Position der SPD-Bundestagsfraktion zu China, 30. Juni 2020) noch am

besten und am wenigstens zerstritten. Andere gemeinsame Positionen sind wesentlich schwerer zu erreichen. Schutzzölle gegen Handelsdefizite wurden und werden nicht nur gegen China, sondern wechselseitig gegen andere Wirtschaftsräume erhoben. Die deutsche Automobilindustrie stand ja auch schon auf der Strafliste. Die Menschenrechte dagegen sind gefahrloses Terrain.

Es muss nicht weiter gegengerechnet werden, dass die Anwendung der Menschenrechte in der EU und in den USA auch mal ins Stottern geraten kann. Der Umgang mit Millionen von Flüchtlingen und eigenen Minderheiten sind dafür wirklich nur wenige Beispiele. Doch wer die Deutungsmacht besitzt, gibt den Ton vor.

Die Menschenrechtsfrage besitzt die Qualität von Begleitmusik, mit der ökonomische, politische oder militärische Sanktionen orchestriert werden. Das war bislang so gewesen und es gibt keine Signale, dass dies künftig anders gehandhabt werden wird. Für China ändert sich daher auf absehbare Zeit nichts. Dies gilt auch für die postkoloniale Einmischung des Westens in Hongkong.

Der militärische Konflikt, verbunden mit einem kurzen Resümee

Beunruhigend ist es ja, dass von möglichen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und der Volksrepublik wieder und wieder, wenn auch höchst spekulativ, die Rede ist. Noch beunruhigender ist, wenn Politstrategen im Auftrag ihrer Regierung und des Militärapparates einen militärischen Konflikt in ihr Kalkül einbeziehen, sozusagen einpreisen, weil sie sich „Lösungen“ von Problemen zwischen den größten Global Playern nur so vorstellen können. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit der Militärinterventionen sollte eigentlich abschrecken ...

Wahr ist, dass der militärische Konfliktbereich so schwerwiegend wie kein anderer, aber auch so spekulativ wie kein anderer ist. Denn selbst die zigfache Überlegenheit der USA, stellvertretend für den gesamten Westen, garantiert kein zufriedenes stellendes Ergebnis. Und selbst der Schauplatz einer möglichen Auseinandersetzung im Vorfeld der Volks-

republik hätte weltweite Verwerfungen im nicht kalkulierbaren Bereich zur Folge.

Bisher sollte aus der Darstellung erkennbar geworden sein: alle angesprochenen Konfliktfelder bergen Untiefen und Risiken. Aber China ist beim jetzigen Stand der Entwicklung nicht wehrlos. Das Land ist weiterhin in der Lage, ganz im Gegensatz zu den anderen ostasiatischen Aufsteigerstaaten, sich nicht in die Obhut des Westens, vor allem der USA zu flüchten. Der Preis der „Tigerstaaten“ ist ihre Existenz als Schmusekätzchen der imperialistischen Staaten. Die Volksrepublik dagegen kann aus eigener Kraft ihren Kurs abseits der europäisch-nordamerikanischen Hegemonie weiter halten. Mit seiner Stabilität, der ökonomischen Innovationsfähigkeit und nicht zuletzt dem Einverständnis der Bevölkerungsmehrheit mit diesem Kurs ist das Land nicht einfach zu erschüttern. Dabei bestehen zahlreiche Risiken und Hindernisse, von denen bisher die Rede war.

Selbst wenn China aus Teilen des Weltmarktes zu drängen wäre, könnte es wegen seines riesigen Binnenmarktes und seiner umfassenden Handelsverbindungen, seiner überragenden Bedeutung für ungezählte Lieferketten sowie seiner Rolle als kaum verzichtbarer Absatzmarkt einiges dagegen setzen. Eine harte Konfrontation würde unabsehbare Krisen in den Ländern des Westens selbst auslösen. Deren Erpressungen und Strafmaßnahmen haben denn auch bisher die Ebene der Nadelstiche wohlweislich nicht verlassen. Für weitere Maßnahmen gibt es bisher (und hoffentlich auf Dauer) keinen Konsens, weder politisch noch gesellschaftlich.

Militärische Aggression allerdings würde jede Kalkulationsfähigkeit zunichte machen. Klug ist es, die US-Provokationen ernst zu nehmen. Klüger ist aber, sich nicht auf den Weg locken zu lassen, mit den USA und der NATO militärisch gleichziehen zu wollen. Da muss die Antwort intelligenter ausfallen. Das rational begründete und längerfristig motivierte Verhalten der Führung Chinas gibt in diesem Punkt Anlass zur Hoffnung, dass die gegenwärtigen wie künftigen Konflikte beherrschbar bleiben.

Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?



Bild: https://amerika21.de/files/a21/styles/bild-voll/public/img/2020/bolivien_amtseinfuehrung_arce_8-11-2020.jpg?itok=aV_aQPTK

von links: Präsident Luis Arce, Vizepräsident David Choquehuanca, Senatspräsident Andronico Rodríguez

Als nach der Präsidentschaftswahl vom 18. Oktober 2020 in Bolivien die Stimmen ausgezählt waren, konnten alle aufatmen, die die Monate vorher unter dem Chaos, dem Terror und der Anarchie der sog. Übergangs- bzw. Putschregierung zu leiden hatten. Zum Sieger erklärte die Oberste Wahlbehörde den Präsidentschaftskandidaten der Bewegung zum Sozialismus MAS (Movimiento Al Socialismo), Luis Arce, der mit 55,14 Prozent der Stimmen (3.391.607 Wähler*innen) ein von den meisten Beobachtern unerwartet hohes Ergebnis erreichte. Der langjährige erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzminister unter Evo Morales war zusammen mit David Choquehuanca, dem ehemaligen Außenminister Boliviens, angetreten. Die bürgerliche Opposition war mit zwei Kandidaten ins Rennen gegangen und rechnete fest mit einem zweiten Wahlgang. Der eine war Carlos Mesa, ein früherer Präsident, Vertreter des eher liberalen Bürgertums. Er erreichte für die Partei Comunidad Ciudadana (CC) 28,87 Prozent, während der ultra-rechte Luis Fernando Camacho von

der Partei Creemos („wir glauben“) mit 13,92 Prozent den dritten Platz belegte. Camacho wird gelegentlich als bolivianischer Bolsonaro bezeichnet. Somit war kein zweiter Wahlgang erforderlich, denn der Abstand von Luis Arce zum Zweitplatzierten ist mit 26 Prozentpunkten mehr als ausreichend. Am selben Tag fanden auch Parlamentswahlen statt. In den beiden Kammern, Senat und Abgeordnetenhaus erreichte die MAS die absolute Mehrheit. Im Senat ist das Verhältnis 21:15 und im Parlament 75:55. Allerdings verlor sie in der Plurinationalen Versammlung (Asamblea Legislativa Plurinacional) die 2/3-Mehrheit, so dass u.a. bei Verfassungsänderungen die Unterstützung durch weitere Abgeordnete nötig ist. Bemerkenswert und nicht zu unterschätzen ist auch, dass der Frauenanteil bei den Abgeordneten über 50 Prozent liegt. Im weltweiten Ranking (Frauenanteil im Parlament) nimmt Bolivien jetzt hinter Ruanda und Kuba den dritten Platz ein, während der deutsche Bundestag mit Platz 48 weit abgeschlagen ist. In der neuen Regierung sind allerdings die Frauen deutlich

unterrepräsentiert (nur drei von 16 Ministern sind Frauen). Die Wahlbeteiligung zeigt mit 88,43 Prozent trotz Pandemie und langer Warteschlangen vor den Wahllokalen einen hohen Politisierungsgrad der Bevölkerung. Die selbsternannte Präsidentin Jeanine Anez verweigerte die Amtsübergabe und verschwand.

Ein Blick zurück

Die Nominierung von Evo Morales und Alvaro García Linera für eine vierte Amtszeit scheint – wie immer man die Begründung dafür werten mag – ein taktischer Fehler gewesen zu sein und bot der Opposition die Gelegenheit, das Gerücht zu streuen, der Präsident strebe die Präsidentschaft auf Lebenszeit an. Wie die aktuelle Personallage der MAS zeigt, verfügt sie über genügend qualifizierte Führungspersönlichkeiten, Männer wie Frauen. Was aber den Putsch gegen Morales betrifft, ging es nicht um die Demokratiefrage, sondern um die Machtfrage. Auch die in deutschen Medien vielfach bemühte Debatte, ob es sich bei den Auseinandersetzungen

gen um das Wahlergebnis um einen Putsch gehandelt habe, da der Präsident ja „freiwillig“ zurückgetreten sei, geht am Kern des Problems vorbei. Die reaktionären Kräfte Boliviens haben sich nie besonders um demokratische Gepflogenheiten gekümmert. Sie putschten immer, wenn es ihnen opportun erschien. Mehr als 200 Militärputsche in der Geschichte des Landes zeugen davon. Erst mit der Regierungszeit von Evo Morales kehrte eine längere Zeit der politischen Stabilität ein. Es gab auch in der Amtszeit von Evo Morales einige Vorfälle, die darauf hinweisen, dass dieser „Indio“, den sie nie akzeptierten, gewaltsam beseitigt werden sollte. Etwa zwei Jahre nach seinem Amtsantritt stürzte im Juli 2008 ein Hubschrauber ab, den der Präsident am Tag darauf benutzen wollte. Alle Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Zufall? Im November 2019 kam es wieder zu einer „technischen Panne“, diesmal war Evo Morales an Bord. Der Pilot konnte den Hubschrauber gerade noch in einer waghalsigen Aktion auf den Boden bringen. Der Absturz war bereits vorher aus Putschkreisen angekündigt worden. Im Jahr 2013 wurde Morales mit einem Vorgang konfrontiert, der an Dreistigkeit kaum zu überbieten ist. Auf dem Rückflug von einem Staatsbesuch in Russland wurde dem Flugzeug der Regierungsdelegation mit dem Präsidenten an Bord von den NATO-Staaten Italien, Portugal, Spanien und Frankreich der Überflug des Luftraums verwehrt. Außerdem wurde eine Zwischenlandung zum Auftanken abgelehnt und damit eine Gefährdung des Lebens des Präsidenten und der gesamten Besatzung in Kauf genommen. Nach einer kurzfristig genehmigten Zwischenlandung in Österreich, hielt man Morales mit seinen Leuten 13 Stunden fest. Das gesamte Vorgehen war ein Verstoß gegen internationales Recht, ein Akt der Piraterie.

Die Probleme werden nicht weniger

Auch die neue Regierung unter Luis Arce hat es mit einem Gegner zu tun, der vor keinen Mitteln zurückschreckt, um die fortschrittlichen Kräfte wieder zu entmachten. Es spricht nicht viel dafür, dass die Bourgeoisie das Wahlergebnis ak-

zeptiert. Die wirtschaftliche Macht ist weiterhin in der Hand der zur Putschbereitschaft tendierenden Oligarchie. Vor allem der agroindustrielle Teil dieser Oligarchie war ein wichtiger Akteur des Staatsstreichs und wird es weiterhin bleiben, obwohl ihm Morales deutliche Zugeständnisse gemacht hatte. Bolivien ist nach 13 Jahren unter einer fortschrittlichen Regierung nicht mehr das ärmste Land Lateinamerikas. Vor allem durch die Lithiumvorräte im Salar de Uyuni, dem größten Salzsee der Welt, ist das Land noch mehr in den Fokus des Interesses internationaler Konzerne geraten. Es soll sich um 21 Millionen Tonnen handeln, etwa 30 Prozent – andere sprechen von bis zu 50 Prozent – der weltweiten Reserven. Der kanadisch-US-amerikanische Multimilliardär Elon Musk („*Wir putschen gegen jeden, wann immer wir wollen...*“) hätte sich sicher gerne um diese Vorräte „gekümmert“, allerdings war er nur am Rohstoff interessiert. Dazu war Evo Morales nicht bereit, und die aktuelle Regierung wird es genauso wenig sein. Vermutlich wird dort angesetzt, wo man 2018 schon mal war. Damals erhielt der Mittelständler ACI Systems aus Baden-Württemberg den Zuschlag, aber auch chinesische Firmen sind beteiligt. Das Joint-Venture mit dem Staatskonzern YLB garantiert der bolivianischen Seite einen Anteil von 51 Prozent. Außerdem erfolgt ein Großteil der Wertschöpfung in Bolivien, ein entscheidender Schritt, um die Abhängigkeit vom Extraktivismus¹ deutlich zu reduzieren. Durch die Putschereignisse vom November 2019 konnten die Pläne nicht weiterentwickelt werden. Ob die neue Regierung die Verhandlungen mit der deutschen Firma weiterführt, wird sich zeigen. Arce wies darauf hin, die bolivianische Lithiumförderung hänge „*nicht von einer einzelnen Firma ab*“. Er wird nicht vergessen haben, wie schnell sich die deutsche Regierung einschließlich der Opposition (die Linkspartei ausgenommen) auf die Seite der Putschisten gestellt hat.

Die Regierung Arce wird dort ansetzen, wo die Regierung Morales im Oktober 2019 aufgehört hat. Sie wird das medizinische Personal aus Kuba, das vom Putschregime vertrieben wurde (ca. 700), wieder zurückholen, um den weiteren Niedergang des Gesundheitssystems zu stoppen und die Pandemie in den Griff zu bekommen. Außerdem müssen die Außenbeziehungen geklärt werden. 80 Prozent der Botschafter*innen waren entlassen worden. Der Austritt aus dem ALBA-Bündnis ist rückgängig zu machen. Ebenso sollen die lateinamerikanischen Staatenbündnisse UNASUR und CELAC wieder mit Leben erfüllt werden. Letztere Vorhaben brauchen benötigen Zeit und gründliche Vorbereitung.

Eine Woche nach seiner Rückkehr aus dem Exil hat Evo Morales wieder die Führung der von ihm gegründeten Regierungspartei Bewegung für den Sozialismus (MAS) übernommen. Da die MAS seit ihrer Gründung gleichzeitig Bewegung und Partei ist, kann ihr eine größere Unabhängigkeit, auch in personeller Hinsicht, von staatlichen Strukturen nicht schaden. Die Herausforderungen für die neue Regierung sind immens. Ein schwelender Konflikt zwischen Regierung und Tieflandindios um den Bau einer Fernstraße durch ein Naturschutzgebiet im Amazonasbecken zieht sich schon über längere Zeit hin. Die Jahre, in denen hohe Rohstoffpreise die Staatskasse absicherten, sind vorerst vorbei. Die Einführung einer Reichensteuer ist bereits angekündigt, wird aber nur einige Lücken im Haushalt füllen. Für die Durchsetzung eines grundsätzlich anderen Wirtschaftsmodells sind für absehbare Zeit angesichts des globalen Kräfteverhältnisses die Bedingungen nicht gegeben. Trotz all der Unwägbarkeiten darf man behaupten: Die fortschrittlichen Kräfte gehen gestärkt aus den Turbulenzen des vergangenen Jahres hervor. Es war deutlich mehr als nur ein Wahlsieg.

Hd, 23.11.2020

1– Extraktivismus und Neo-Extraktivismus sind zwei Begriffe, die das vorherrschende Wirtschaftsmodell fast aller lateinamerikanischen Ländern kennzeichnen, nämlich die Abhängigkeit von Rohstoffexporten. Im Unterschied zum Extraktivismus spielt im Neo-Extraktivismus der Staat die entscheidende Rolle bei der Aneignung und Verwendung der Gewinne aus den Rohstoffexporten. Die bolivianischen Staaten wie etwa Bolivien oder Venezuela benutzen diese Einnahmen verstärkt für eine Verbesserung der materiellen Lage der ärmeren Schichten.

Chile nach dem Referendum



Vor einem Jahr ging in Chile das Volk gegen den Neoliberalismus auf die Straße. Zahllose Menschen, allein in Santiago weit über eine Million, protestierten gegen ihre soziale Lage. Nach kurzer Zeit vereinigten sich die zahlreichen Bewegungen im Ruf nach einer neuen Verfassung. Die aktuelle stammt aus der Zeit der Militärdiktatur. Sie verordnet der Gesellschaft eine neoliberale Ausrichtung. Bisher waren keine grundlegenden Änderungen möglich. Das Wahlrecht verschafft den in der Tradition der Diktatur stehenden Parteien eine Sperrminorität.

Die Macht zur Blockade hat dieses Lager auch jetzt in seinen Händen. Doch die soziale Explosion hat es in Angst und Schrecken versetzt. Das Trauma wurde durch die Streitkräfte verstärkt. Sie waren nicht zu einem Blutbad an den Demonstranten bereit. Das zwang den rechten Präsidenten Sebastián Piñera zu Zugeständnissen. Neben einigen sozialen Wohltaten gehörte dazu das Gesetz zum Start des verfassungsändernden Prozesses.

Die Regierung musste sich dafür mit den wichtigsten Kräften der Opposition verständigen. Verfassungsänderungen benötigen eine 3/5-Mehrheit. Darüber verfügt keines der beiden Lager. Am Ende stand eine Übereinkunft, die von Vertretern der

rechtsradikalen UDI bis zur Frente Amplio unterschrieben wurde.

Die Vorgeschichte dieser Übereinkunft wird die Historiker noch lange beschäftigen. Es wird berichtet, dass der Innenminister die Verhandlungen mit einer Drohung begann: „Heute ist in jeder Hinsicht der 10. September 1973 und es hängt von uns ab, dass morgen nicht der 11. September ist.“ Am 11. September 1973 hat der blutige Militärputsch stattgefunden.

Dieser Ablauf zeigt, dass es sich bei der sozialen Explosion bisher um keine klassische Revolution handelt. Die staatlichen Institutionen sind intakt. Daher ist das Gesetz ein Ausdruck der Kräfteverhältnisse im Moment seines Erlasses. Kein Wunder, dass die Linke daran viel zu kritisieren hat. Interessanterweise findet die Vorgabe „Der Text der neuen Verfassung ... muss ... die internationalen Abkommen respektieren, die Chile unterzeichnet hat.“ mehr Aufmerksamkeit im Ausland als im Lande selbst. Hinsichtlich des Pariser Klimaschutzabkommens oder der UN-Antifolterkonvention ist dagegen nichts zu sagen, doch wie sieht es mit den Freihandelsverträgen aus? Wird ihnen damit ein Bestandsschutz garantiert? Trotz solcher Unklarheiten ist das Gesetz der Schlüssel, der die Tür zu einer neuen Konstitution geöffnet hat. Es liegt nun in den Händen der Opposition, diese historische Chance

zu nutzen. Doch daran muss man leider zweifeln.

Das vorhandene Sektierertum kann man z. B. in der Frente Amplio bestaunen. In einer ihrer Organisationen, der Convergencia Social, hat die Unterschrift ihres Parteivorsitzenden und Abgeordneten Gabriel Boric zu einer Austrittswelle geführt. Dabei betonte er, nicht im Namen von CS zu handeln. Unter den Abtrünnigen befindet sich der Bürgermeister von Valparaíso, Jorge Sharp. Er kritisierte, dass mit dem Abkommen die Tausenden auf der Straße übergangen worden seien.

Die Kommunisten haben die Übereinkunft auch nicht unterschrieben. Zu dem Zeitpunkt konnten sie ihre Forderung nach einer paritätisch nach Geschlechtern besetzten Versammlung nicht durchsetzen. Genau so erging es auch ihrem Wunsch nach reservierten Sitzen für die Ureinwohner. Dazu kam, dass sie wohl sehr spät in die Verhandlungen einbezogen worden waren.

Die Zukunft wird zeigen ob sich die KP damit einen Gefallen getan hat. In demokratischen Revolutionen ist es für Kommunisten wichtig, zu den Parteien des Verfassungsbogens zu gehören. Sollte diese Übereinkunft das Gründungsdokument dafür werden, hätte das eine kuriose Folge. Die UDI, gegründet während der Diktatur

vom maßgeblichen Autor der aktuellen Verfassung, gehört dazu. Die Kommunisten aber nicht, obwohl sie seit den 90er Jahren auf die Notwendigkeit einer neuen Konstitution hinweisen. Dass sich die unterschiedlichen Bewegungen in der sozialen Explosion so schnell im Ruf nach einer neuen Verfassung vereinigten, ist ein Ergebnis ihrer jahrelangen Arbeit.

Die Vereinbarung beinhaltet im wesentlichen folgendes: In einer Ab-

Ein weiteres Mittel zum Erhalt ihrer Macht ist die 2/3-Mehrheit. So groß muss in der Verfassungsgebenden Versammlung die Zustimmung zum neuen Grundgesetz sein. Im Vergleich zur aktuellen 3/5-Mehrheit ist das eine Verschärfung. Man muss abwarten, ob das so bleibt. Die kommunistische Abgeordnete Camila Vallejo hat zusammen mit Kollegen anderer Fraktionen ein Gesetzesprojekt zur Rückkehr zur 3/5-Regel gestartet. Zumindest in der

bei nur einem Drittel der Einwohner. Im Juni resümierte die *Süddeutsche Zeitung*, dass Chile eines der am schwersten betroffenen Länder weltweit ist.

Zu den Maßnahmen gegen Corona zählten Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Diese waren in Santiago und besonders betroffenen Gebieten viel drastischer als in Deutschland. So durfte man die Wohnung nur für den Weg zur Arbeit verlassen. Für den Gang zum Supermarkt musste man sich per Smartphone eine Genehmigung bei der Polizei besorgen.

Massenaktionen waren damit nicht mehr möglich. Die Regierung verlegte das Referendum auf Oktober. Das verschaffte der Rechten Zeit zur Entwicklung einer eigenen Strategie, doch sie begann sich zu zerlegen. Wie nicht anders zu erwarten, verteidigte eine Mehrheit den Status Quo. Sie warb für *Rechazo*, die Ablehnung einer neuen Verfassung. Andere unterstützten das, aber mit dem Versprechen, danach das aktuelle Grundgesetz reformieren zu wollen. Eine weitere Richtung sprach sich für *Apruebo*, die Zustimmung zum Verfassungsgebenden Prozess, aus. Neben der Uneinigkeit verschlechterten auch die Folgen der Pandemie ihre Lage.

Durch die Ausgangssperren brach vielen Menschen ihr Einkommen weg. Ihnen fehlte das Geld für die Miete oder das Essen. So kam es in einigen Stadtvierteln Santiagos im April und Mai zu Protesten gegen den Hunger.

Als Reaktion auf diese Notlage verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur vorgezogenen Auszahlung von 10 % der Einlagen aus den privaten Rentenversicherungen. Ein weiterer Hieb gegen den neoliberalen Baum. Verzehren die Menschen jetzt ihre Altersvorsorge, eine weitere Auszahlung von 10 % wird diskutiert, brauchen sie im Alter trotzdem eine Rente. Unsereiner kann sich da nur Zahlungen aus dem Staatshaushalt oder die Einrichtung eines umlagefinanzierten Rentenversicherungssystems vorstellen. Mal sehen, was den neoliberalen Akteuren dazu einfallen wird.

Da viele Chilenen bisher nur eine sehr kleine Altersvorsorge aufbauen konnten, hätte ihnen diese Auszahlung nicht viel geholfen. Daher schuf die Regierung für die Armen und einen Teil der Mittelschicht Corona-gutscheine über 50.000 Pesos, ca. 54,- Euro. Das ist ungefähr 1/7 des monat-



stimmung wird festgestellt, ob es überhaupt eine Mehrheit für eine neue Verfassung gibt. Gleichzeitig wird danach gefragt, wie eine Verfassungsgebende Versammlung zusammengestellt werden soll. Hier gab es die Vorschläge „Wahl aller Delegierten durch das Volk“ oder „Gemischt“. Bei der gemischten Versammlung sollten 50 % der Delegierten vom Volk und die anderen 50 % von den aktiven Parlamentariern gewählt werden.

Da eine Mehrheit für die neue Verfassung abzusehen war, legte die Regierung ihr Augenmerk auf die Prozedur ihrer Erstellung. Nur mit passenden Regeln hat die Rechte eine Chance, ihre Macht zum Veto auch in der Verfassungsgebenden Versammlung ausüben. Daher setzte sie das, inzwischen etwas entschärfte, binominale Wahlrecht für die Wahl der *Convencionalistas*, der Delegierten zur Verfassungsgebenden Versammlung, durch. Dieses Wahlrecht verschaffte der Rechten bei der letzten Parlamentswahl 46,5 % der Sitze bei nur 38,7 % der Stimmen. Das war die Folge der oppositionellen Aufspaltung auf drei Listen.

Frage der Parität der Geschlechter war so eine Initiative schon erfolgreich.

Die Entwicklung der Massenbewegung

Ab Weihnachten verabschiedeten sich die Menschen in die Sommerpause. Die Bewegung verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung. Doch während der Ferien fanden zahlreiche interne Treffen, Sommerschulen und Seminare statt. Dort wurde die neue Lage besprochen und die Wiederaufnahme der Demonstrationen geplant. Ende Februar sollte es losgehen. Ein erster Höhepunkt wurde die Demonstration von Hunderttausenden zum Internationalen Tag der Frau. Für die Zeit bis April, da sollte das Referendum ursprünglich stattfinden, hatte man vielfältige Aktionen vorbereitet. Doch dann kam Corona!

Anfang März gab es den ersten positiven Test. Damals erklärte Piñera, Chile sei viel besser auf die Pandemie vorbereitet als Italien. Doch die Maßnahmen waren konfus. Drei Monate später gab es mehr Fälle als in Italien

lichen Mindestlohnes, aber der reicht schon nicht zum Leben.

Die Strategie der Spannung

Das wichtigste Argument der Verteidiger des Status Quo basiert auf einer Strategie der Spannung. Es setzt auf die Angst der Menschen vor Veränderung. Daher versuchte man die soziale Bewegung mit Unsicherheit und Gewalt in Verbindung zu bringen. Dazu verwendete man die Bilder von gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sie entstanden, wenn sich Demonstranten der Primera Linea (Erste Reihe) gegen Polizeiübergriffe verteidigen mussten. Auch die Parole vom drohenden Chilezuela wurde aus der Mottenkiste geholt. Doch es blieb nicht bei der Propaganda.

Im Süden Chiles gibt es seit langer Zeit eine diffuse Gewalt. Es ist unklar, wer dahinter steht. Manche machen dafür radikale Strömungen der Mapuches verantwortlich, bewiesen ist das aber nicht. Es könnte sich auch um False-Flag-Operationen handeln, um die politischen Bewegungen der Ureinwohner zu diskreditieren. Manchmal geht es aber wohl nur um schlichten Versicherungsbetrug.

Vor diesem Hintergrund nahmen Fernfahrer einen Brandanschlag auf einen LKW zum Anlass, einen landesweiten Streik auszurufen. Von Arica im Norden bis Punta Arenas im Süden wollten sie die Panamericana blockieren. Fernfahrer klingt nach Arbeiterklasse. So wurde diese Information auch kritiklos weitergegeben. Die junge Welt adelte die CNTC zur „Gewerkschaft der Transportarbeiter“. Tatsächlich handelt es sich um einen Berufsverband, der Teil eines korporativen Staates sein möchte. So zählt er die „Verbesserung der Logistik und Geschäftsführung des Güterverkehrs in Chile“ zu seiner Mission. Konsequenterweise richtete deshalb auch der Chef des Südlichen Eigentümerverbands von LKWs (Fedesur) das Ultimatum an die Regierung. Sie forderten ein härteres Vorgehen gegen die Gewalt in der Araucanía.

Den Grund für die Blockaden konnte man gut vermitteln. Bei dem Anschlag wurde ein 9-jähriges Mädchen durch einige Kugeln Schrot verletzt. Daher schritten die Fuhrunternehmer zur Tat und ließen ihre Angestellten die südliche Hauptverkehrs-

ader blockieren. Darauf hatten ihre Verbündeten in den privaten Medien nur gewartet. Nach kurzer Zeit wurde behauptet, dass die Lebensmittelversorgung in den Städten in Gefahr sei. Doch sie hätten besser arbeiten sollen. So zeigte ein Kanal die leeren Regale eines Supermarktes. Aufmerksame Zuschauer erkannten aber, dass die Preise in britischen Pfund angegeben waren. Am Ende wurde nur über diese Fälschung gesprochen und der Sender musste sich entschuldigen.

Der zweite Vorfall ereignete sich kurz vor dem Referendum. Bei einer Demonstration anlässlich des Jahrestages der sozialen Explosion wurden im Großraum Santiago zwei Kirchen angezündet. Im direkten Umfeld eines der Brände nahm die Polizei einen Berufssoldaten fest. Daraufhin erklärte der Verteidigungsminister: *„Ich schließe es aus, dass er an einer Unterwanderungsaktion zur Informationsgewinnung beteiligt war.“* Doch glaubten ihm das wahrscheinlich nicht besonders viele. Es wäre nicht der erste Versuch von Angestellten der „Sicherheitskräfte“ gewesen, in die soziale Bewegung einzudringen.

Das Agieren der Opposition

Die Kräfte der Mitte und der Linken standen geschlossen hinter Apruebo, ansonsten waren sie völlig uneins. So gründeten ihre Parteien zahllose Kommandos zur Koordination ihrer Werbekampagnen. Wer will, kann sich das bei Wikipedia ansehen. Doch findet sich dort ein Fehler. Die Parteien PS, PPD und PR marschieren dort alleine. Laut dem Newsletter der PS vom Januar hatten sie sich aber zum Kommando Chile Apruebo zusammengeschlossen. Selbstverständlich haben sowohl die Kommunisten als auch die Parteien der FA und die Christdemokraten mit ihren jeweiligen Verbündeten eigene Kommandos gebildet. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass viele Menschen von Parteien überhaupt nichts mehr wissen wollen.

Gerade wegen dieser Spaltungen setzte in den Wochen vor der Abstimmung eine durch Corona zwar behinderte, aber gerade in den Sozialen Medien vielfältig blühende Bewegung für Apruebo ein.

Wer sich den Eintrag bei Wikipedia genauer ansieht, wird die rechten Par-

teien Evolución Política und Renovación Nacional in beiden Abteilungen finden. Bei Evopoli liegt der Grund bei ihrem Seitenwechsel von Apruebo zu Rechazo. Dagegen konnte sich die Partei des Präsidenten, RN, nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. So wurde die Organisationsdisziplin aufgehoben und ihre Vertreter agierten sowohl für wie gegen eine Veränderung.

Das Ergebnis

Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten 12 Monate sind die Zahlen rund um die Abstimmung ernüchternd. Selbstverständlich übertrifft das Ergebnis mit 78,27 % für Apruebo alle Erwartungen. Man hatte mit einem Sieg gerechnet, aber nicht so deutlich. Die Wahl aller Delegierten durch das Volk fand eine vergleichbare Zustimmung. So gesehen hätte es nicht besser laufen können, doch die Wahlbeteiligung steht dieser Einschätzung entgegen.

Seit der Parlamentswahl von 2017 stieg die Zahl der in den Wahlregistern verzeichneten Personen um eine gute halbe Million. Das ist die Folge des politischen Aufbruchs. Doch die Wahlbeteiligung erhöhte sich nur von 46,6 auf 50,9 Prozent. Rechnet man das durch, hat die soziale Erschütterung nur ca. 340.000 bisherige Nichtwähler zur Stimmabgabe bewegt. Bei über 14 Millionen Wahlberechtigten ist das eine miserable Zahl.

Doch so einfach ist das nicht. Servel, die chilenische Wahlbehörde, hat die aktuelle Wahlbeteiligung mit der aus der zweiten Runde der letzten Präsidentschaftswahl verglichen. Danach ist Chile gespalten. In Santiago und den Regionen im Norden beteiligten sich deutlich mehr Menschen. Im Gegensatz dazu hat im Süden das Interesse an der Stimmabgabe weiter nachgelassen. Da in der zahlenmäßig stärksten Region, Santiago, die Wahlbeteiligung ein Plus aufweist, schlägt sich das im Gesamtergebnis nieder.

Man kann dieses Muster grob auf folgenden Nenner bringen. Die Menschen, deren Leben mit dem mineralischen Extraktivismus (Bodenschätze) verbunden ist, haben sich mit der sozialen Explosion zu Wort gemeldet, doch der agrarische Süden schläft weiter.

Trotzdem setzte sich Apruebo in fast allen Kommunen durch, nur in

drei Stadtteilen von Santiago nicht. Da es die Viertel der besser Gestellten sind, kommentierte das eine kleine Website so: „Chile ist weder gespalten noch polarisiert. Das Problem sind drei ausländische Kommunen, die die Demokratie gekidnappt haben“ Das ist eine schöne Polemik. Wahrscheinlich haben an diesen Orten tatsächlich viele Bewohner nichtspanische Nachnamen. Trotzdem sollte man diese Ethnisierung des Sozialen unterlassen, gerade auch in Chile. Ein Teil der Ureinwohner lehnt die Forderung nach für sie reservierten Sitzen in der Verfassungsgebenden Versammlung ab. Sie halten das für einen Akt der Fremdbestimmung. Aus Empörung darüber, dass der Bürgermeister von Lumaco, selber ein Mapuche, diese Forderung erhebt, haben sie sein Rathaus besetzt. Diese Richtung arbeitet an einem Statut der Selbstbestimmung. Man wird sehen, was sie darunter verstehen, aber eines ist sicher. Für völkische Mapuches sind auch alle Menschen mit spanischen Nachnamen Ausländer. Das sollten sich die Macher dieser Seite vor Augen führen, gerade wenn sie sich dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlen.

Wie geht es weiter?

Eigentlich müssten sich die politischen Kräfte der ehemaligen Nueva Mayoria auf eine gemeinsame Liste für die Wahl der Convencionales einigen. Dabei handelt es sich um das breite Feld von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten. In der Vergangenheit hat das eine Zeit lang funktioniert. In den Geschichtsbüchern findet man das unter dem Stichwort Frente Popular, der Volksfront der 40er Jahre. Am Ende war keine der beteiligten Parteien damit so richtig zufrieden. Jede ein-

zelne Richtung zog die zu ihrer Ideologie passende Schlussfolgerung. Als Ergebnis spaltete sich dieses Lagers. Den Schlusspunkt bildete der Militärputsch von 1973. Dabei hat die Volksfront die soziale Lage der Bevölkerung deutlich verbessert. Sie führte für die Industriearbeiterschaft, die Bergleute und die Mittelschicht den Sozialstaat ein. Aufgrund der Kräfteverhältnisse war das für die Landarbeiter nicht möglich. Das war einer der Gründe, warum es zur Regierung von Salvador Allende gekommen ist. Während der folgenden Militärregierung wurde dieser Sozialstaat komplett geschleift.

Die Analyse der Wahlbeteiligung zeigt, dass heute die sozialen Schichten die Wiedereinführung des Sozialstaats verlangen, die damals von der Volksfrontregierung profitierten. Daher sollten die Kräfte wieder zusammenfinden, die damals diesen Sozialstaat schufen. Leider ist das sehr unwahrscheinlich.

Gleich nach der Abstimmung erklärte Fuad Chahín, der Chef der Christdemokraten, dass „eine einzige Liste undurchführbar ist“. Einen gemeinsamen Antritt mit Kommunisten schließt er aus. Obwohl er weiß: „Wir müssen einen Ausgleich finden, weil, wenn wir sehr gespalten sind, werden wir am Ende der Rechten helfen, die mit einem Drittel der Stimmen die Hälfte der Convencionales gewinnen kann“.

Ob die Kommunisten heute überhaupt zu einer gemeinsamen Liste mit den Christdemokraten bereit gewesen wären, kann man aus der Ferne schlecht beurteilen. Da sie inzwischen mit ihren Verbündeten das Wahlbündnis Chile digno, verde y soberano vorgestellt haben, ist der Zug für ein großes Bündnis wohl abgefahren.

Leider viel zu spät haben die Sozialisten und FA in einer gemeinsamen

Verlautbarung erklärt, alles zu tun, um eine „Namensliste, so geeint wie möglich, zu erreichen, die KP eingeschlossen“ Damit streben sie das klassische Volksfrontbündnis an, das bis zu den Christdemokraten reichen soll. Dieser Vorschlag hätte gleich nach dem Referendum präsentiert werden müssen. Vier Wochen danach haben sich viele Akteure schon positioniert. Diese Verzögerung ist eine Folge der Zersplitterung. Die wichtigen Leute der FA waren früher bei den Sozialisten.

Damit sieht es gegenwärtig nach zwei oppositionellen Listen aus. Eine Situation, aus der die Rechte ihren Honig saugt. Dazu kommt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung unabhängige Convencionales möchte. Nach einer Umfrage kann sich ein Drittel der Bevölkerung sogar vorstellen, selbst zu kandidieren. Daher wird es lokal wohl einige freischwebende Bewerber geben. Das wirft am Ende jede Kalkulation über den Haufen.

Doch sollte man die Rechnung nicht ohne das Volk machen. Andreas Klein, Leiter des Auslandsbüro Chile der Konrad-Adenauer-Stiftung, warnt: „Viele Menschen setzen große Hoffnung in die neue Verfassung, allerdings lassen die Ereignisse des letzten Jahres daran zweifeln, ob sie die Geduld aufbringen, auf die erwünschten sozialen Veränderungen bis zum Ende des Verfassungsprozesses zu warten.“

Chile stehen unruhige Zeiten bevor. Es ist zu hoffen, dass die Streitkräfte ihre Neutralität beibehalten. Ansonsten kann dieser hoffnungsvolle Aufbruch wieder einmal böse enden.

Emil Berger

Die Fußnoten und Links zu diesem Artikel werden aus Platzmangel in der Online-Version unter www.arbeiterstimme.org veröffentlicht

Anzeige



DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt 4/2020: Das Virus und die Reaktion

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Abonnieren:

literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Mitgliedwerden & Info:

info@rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de

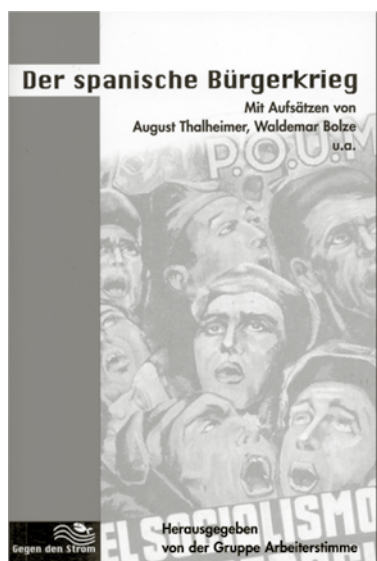
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression



Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (z.Z. leider nicht lieferbar)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

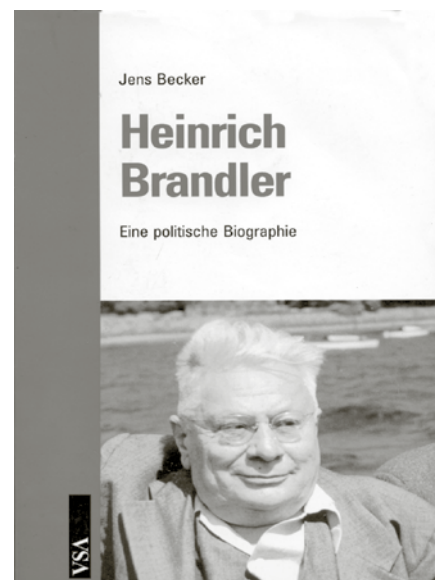


Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**

ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org